

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 416.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4084 a. Nachtrag. Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Personalausgaben, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 20.

Dienstag den 23. Januar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 21. Januar.

Der Reichstag förderte Sonnabend die Etatsberatung nicht um einen einzigen Titel weiter. Der Titel Staatssekretär des Reichsamts des Innern wurde noch nicht bewilligt und steht am Montag noch zur Diskussion. Es wurde nur von Angehörigen der bürgerlichen Parteien diskutiert. Diese hielten Nachlese aus den Debatten der vorigen Tage. Ein Redebüel Köstke-Stumm nahm die längste Zeit in Anspruch. Beide Herren unterhielten sich über die Ursachen des Rücktritts der Herren von Verleisch und Dr. Vöbder und schließlich mischte sich auch Graf Posadowsky hinein und konstatierte aus den Akten die mit Recht so beliebten Gesundheitsrückichten als Veranlassung. Der Staatssekretär muß selbst eine große Portion Naivität besitzen, wenn er seine Mitmenschen für so naiv hält, daß sie ihm die Scherze glauben sollen, die er ganz ernsthaft vortrug.

Auch noch eine zweite Episode verdient Beachtung. Der Präsident Graf Ballestrem unterbrach den freisinnigen Abgeordneten Wiemer, als dieser von der Deuhanser Kaiserrede sprach, und stellte die Grenzen fest, in welchen er die Besprechung kaiserlicher Äußerungen gestatten will. Diese Grenzen sind sehr eng gezogen und es wird Sache der Opposition sein, sich gegen diese Grenzen zu wehren. Gerade in heutiger Zeit muß dem Reichstage seine Eigenschaft als Zufluchtsstätte für das sonst obdachlose freie Wort doppelt gewahrt werden.

Die Abgeordneten Prinz Schönauich-Carolath und Schrader traten für die Zulassung der Frauen oder besser Damen zum Studium an den deutschen Universitäten ein. Die Abgeordneten Vielhaben (Antif.) und Dr. Dertel (Bund der Landwirthe) wünschten statt Arbeiterschulzes verstärkten Mittelstandsschulzes. Es waren dieselben Reden, die schon oft von dieser Seite gehört worden sind.

15. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Posadowsky. Die zweite Beratung des Etats wird beim Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Präsident Graf Ballestrem: Das Wort hat Abgeordneter Schönauich; da er nicht anwesend ist, nehme ich an, daß er auf das Wort verzichtet.

von Carlinski (Pole): erklärt, der Entwicklung der sozialreformatorischen Maßnahmen sympathisch gegenüber zu stehen und sagt besonders, daß die Arbeitsordnung der polnischen Arbeiter nicht in ihrer Muttersprache ausgehängt wird.

Vielhaben (Reform): Die gestrigen Ausführungen des Herrn von Hehl werden schwerlich auf die Dauer die Nichtschür für die Nationalliberalen abgeben. Redner fragt, wie es mit der Sozialpolitik im Reichspostamt stehe. Er kenne Damen, die durch den aufreibenden Telephonbetrieb so gelitten hätten, daß sie auf Reichskosten in Kaltwasserheilanstalten geschickt werden mußten. Besondere Mißstimmung hat die mangelhafte Ausführung der Bäckereidordnung erregt. Es ist bedauerlich, daß wir gerade hierin vom Zentrum im Stich gelassen werden, wie die Rede des Herrn Professor Hise bewies.

Präsident Graf Ballestrem: Es ist nicht üblich, die Reichstagsmitglieder mit den Titeln anzuzureden, die sie außerhalb des Hauses führen. Der Herr Redner hätte nicht vom Professor, sondern vom Abg. Hise sprechen müssen. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Wiemer.

Wiemer (Fp.): Wir hoffen nach der gestrigen Rede des Herrn von Hehl, daß die Mehrheit der Nationalliberalen auf dem Boden des Herrn Abg. Wassermann stehen und für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintreten wird. Das ist gerade jetzt von höchster Wichtigkeit angesichts der zu erwartenden Vorlage, die sich auf die Deuhanser Randgebungen.

Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren, ich will keinen Redner verhindern, auf Neben Sr. Majestät des Kaisers oder anderer Bundesfürsten hier einzugehen, falls diese aus wie die Thronrede auf geschäftsordnungsmäßigem Wege zugehen oder wirklich im Reichsanzeiger wiedergegeben werden. Ich glaube, die Ehrfurcht, die wir Sr. Majestät dem Kaiser und den hohen Bundesfürsten schuldig sind, und die Würde des Reichstages selbst erfordert dies, und ich bitte die Herren Redner sich danach zu richten.

Wiemer fortsetzend: Es ist bedauerlich, daß die Meinung aufgenommen ist, es handle sich um eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit. Vermehrte Strafbestimmungen tragen bloß dazu bei, die Exzedenzen als Märtyrer erscheinen zu lassen. Wir treten unter allen Umständen für die Koalitionsfreiheit ein, auch für die Anerkennung der Berufsvereine, und haben daher beantragt, daß die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches speziell für die Berufsvereine erweitert werden. Hoffentlich wird das Zentrum uns hierin unterstützen. Besonders möchte ich den Herrn Minister um nähere Auskunft über seine Stellung zu den Arbeiteranschlüssen bitten. Sehr wichtig ist auch die Ausdehnung der Sozialpolitik auf die Landbezirke, z. B. eine Revision der Gesandtenordnung. Herr von Posadowsky warnte sehr richtig vor dem „nervösen Dilettantismus“

an diesem Gebiete. Leider sieht die Gesetzgebung im Sinne der Regierung auf anderen Gebieten ebenfalls unter diesem Zeichen: z. B. beim Margarinegesetz, Bäckereigesetz und der Nachhausvorlage (Dho! rechts.) Herr von Posadowsky muß wohl alles durch eine vom rosigem Optimismus gefärbte Brille sehen, wenn er das Verhalten der Reichsverdroffenheit in Abrede stellt. Von den „vollendeten Rechtsgarantien“ ist leider recht wenig zu bemerken; sie sind nicht einmal für deutsche Bundesfürsten vorhanden. (Sehr gut! links.) Die Reichsverdroffenheit ist also recht wohl begründet und wird nur durch eine durchgreifende Gesandung unserer inneren Verhältnisse beseitigt werden. (Lebh. Bravo! links.)

Schrader (Fp.): Herr Abg. Wiemer hat unsere Bestrebungen als Ausdruck des nervösen Dilettantismus bezeichnet. Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Gesetzgebung ist jedoch die Regierung nur unseren allerberechtigtsten Forderungen nachgekommen. Daß die Regierung mit der Sozialreform nicht all zu schnell vorgeht, ist ganz verständlich. Inwiefern sie werthen die Arbeiter doch nicht, während schon jetzt die Lasten der Sozialreform sich besonders für den Mittelstand sehr fühlbar machen, der doch der eigentliche Boden für die Sozialreform ist. Die Organisation der Arbeiter müßte sich mit denen der Arbeitgeber zu gemeinsamen Wirken vereinigen. Alle Stände sollten unter Mitwirkung der Regierung zur Befestigung des sozialen Friedens zusammen arbeiten. Die Regierung darf nicht in den Verdacht geraten, nur für das Unternehmertum Partei zu ergreifen. Der Arbeiter soll weder ein Sklave des Kapitals, noch des sozialdemokratischen Zukunftsstaates sein. In diesem Sinne sind wir gewarnt, an der Sozialreform mitzuwirken. (Bravo rechts.)

Köstke (Widlob.) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Herrn v. Stumm, in denen er Herrn v. Verleisch als den einzig berechtigten Interpreten der Februarerlasse hinstellte. Herr v. Stumm hat einige wichtige Aeußerungen nicht erwähnt. Herrn Vöbder gegenüber sagte z. B. Herr v. Verleisch, er habe an der Schaffung der betr. Erlasse nicht mitgewirkt, betrachte aber den Inhalt derselben als sein Programm und werde in dem Moment zurücktreten, wo er dieses Programm nicht zur Ausführung bringen könne. Durch seinen Rücktritt hat er also zu erkennen gegeben, daß er den Sinn der kaiserlichen Erlasse, wie er ihn ansah, in der Praxis nicht durchzuführen vermöchte. Die Behauptung des Herrn v. Stumm, daß die Beschlüsse der früheren Kommission des Reichstages zur Beratung der Novelle zum Unfallversicherungs-gesetz den Sturz des Herrn v. Verleisch herbeigeführt hätten, trifft also nicht zu.

Dr. Dertel (Antif.): Ich habe die Worte des Herrn Grafen von Posadowsky mit Freuden begrüßt, daß die Regierung nicht vom grünen Tisch aus soziale Gesetzgebung irden werde, und ebenso freute ich mich, daß Herr von Verleisch sagte, man würde alle Maßnahmen von dem Gesichtspunkte aus prüfen, ob durch sie nicht eine leberische Agitation gefördert werde. Bedauerlich ist, daß die trefflichen Grundsätze noch nicht in der Praxis durchgeführt worden sind, was sich an der Bäckereidordnung recht deutlich zeigt. Was die anderen, hier behandelten Fragen anbelangt, so halte ich die Einstellung von weiblichen Fabrikinspektoren für durchaus diskutabel, da ich unsere besseren Hälften sehr hoch schätze. Freilich gehe ich darin nicht so weit wie der Abg. Zubeil, der auf allen Gebieten Gleichstellung der Frau verlangt.

Prinz Schönauich-Carolath (Fp.): (Hosp. bei den Natl.) tritt für völlige Freigabe des Frauenstudiums ein. Andere Staaten, auch Rußland, sind in dieser Hinsicht uns bedeutend voraus. Wozu läßt man die Damen das Abiturienten-Examen machen, wenn man ihnen dann den Zutritt zu den Universitäten erschwert? Uns, den maßvollen Förderern dieser Sache, ist allerdings nichts schädlicher, als eine Verwechslung unserer Bestrebungen mit der Frauenemancipation. Von Emancipation kann bei uns gar keine Rede sein. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich lege großen Werth darauf, daß die Arbeiter sich bemüht werden, daß die Regierung die Wahrung ihrer Interessen objektiv und schnell durchführt. Ich glaube nicht, daß die Beschäftigung der Frauen beim Postdienst nachtheilige Folgen für ihre Gesundheit hat und bin der Ansicht, daß es für die Frauen, die nicht heirathen, gut ist, eine Arbeit zu finden, die ihnen ihre Selbstständigkeit sichert. Die von Herrn Abgeordneten von Schönauich-Carolath berührte Frage der Zulassung der Frauen zum Studium bildet zur Zeit den Gegenstand ernster Erwägung. Auf die Frage der Interpretation der kaiserlichen Erlasse will ich nicht eingehen. Der berufene Interpret ist der Träger der Krone selbst. Es ist nicht die Gewohnheit der Regierung, die Gründe anzugeben, weshalb ein Minister denn eigentlich gegangen ist, aber ich kann nunmaldig es nicht unwiderrprochen lassen, wenn behauptet wird, Herr von Verleisch sei gegangen, weil die Februarerlasse nicht weiter durchgeführt werden sollten. Zu der „Sozialen Praxis“ wird behauptet, die augenblicklich herrschenden sozialpolitisch reaktionären Tendenzen erfüllten die Sozialdemokratie mit tiefem Mißtrauen, das ihre volle Umwandlung in eine Reformpartei verhindere. Das werden die Sozialdemokraten selbst nicht glauben, sonst hätten sie ja auch früher Zeit genug dazu gehabt, als die angeblich reaktionären Tendenzen in der Regierung noch nicht vorhanden waren. Ich betone übrigens nochmals, auch die gegenwärtige Regierung steht vollständig auf dem Boden der Februarerlasse. Die „Reichsverdroffenheit“ ist nach meiner Ansicht ein falsch angewandtes Wort; es sollte Staatsverdroffenheit heißen. Sie ist eingetreten, weil vielfach die Staatsallmacht überschätzt wurde und dabei Enttäuschung die unausbleibliche Folge war. Bei wachsender politischer Reife wird das Gefühl der Reichsverdroffenheit immer mehr dem der Freude und des Stolzes weichen, daß wir eine große Nation geworden sind. (Bravo! rechts.)

Herr v. Stumm (Fp.): Die Sozialdemokraten greifen mich viel maßvoller an, als heute Herr Köstke. In Bezug auf die Berufsvereine hat übrigens Herr v. Hehl genau dieselbe Ansicht wie ich; ich möchte ihn von dem Verdacht reinigen, auf dem Standpunkte des Herrn Köstke zu stehen. (Große Heiterkeit.) Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Köstke und Schrader (Fp.) stellt Staatssekretär Graf Posadowsky gegenüber der Behauptung des Abg. Stumm, der frühere Präsident

des Reichsverdroffenheit, Herr Vöbder sei aus seinem Amte gedrängt worden, aus dem Akten fest, daß Herr Vöbder aus Gesundheitsrückichten um seine Entlassung eingekommen sei. (Große Heiterkeit.)

Herr v. Stumm erwidert, der beständige Widerstand gegen seine Bestrebungen habe Herrn Vöbder vermuthlich so angegriffen, daß er deshalb aus Gesundheitsrückichten gegangen sei. (Große Heiterkeit.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Montag 1 Uhr verlegt. Außerdem Antrag Kintelen auf Aenderung der Strafsprohordnung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Galgenstutzen. Die deutsche Kolonialpresse findet sich mit den in der Wiener „Zeit“ veröffentlichten, in diesen Blättern zuerst wiedergegebenen Baumannschen Enthüllungen über das Verhalten in Deutsch-Ostafrika recht eigen ab. Die „Verl. Neuest. Nachr.“ das Bued-Organ, erblicken darin ein „Seitenstück zum Fall Thun“, das von deutscher Seite nicht mit Stillschweigen hingenommen werden könnte. Schwerlich könne Baumann österreichisch-ungarischer Konsul in Sansibar bleiben. Die Wichtigkeit der Grenzschilderung bestreiten die „B. N. N.“ nicht. Statt aber eine amtliche Erklärung herauszufordern, rufen sie nach einer Maßregelung des Entschlusses. Die „Österreichische Volkszeitung“, die als Organ des Zentrums kolonialfreundlich ist, schreibt: „Wir sind gewiß nicht geneigt, einem Feuilletonisten von so exotischen Anschauungen blindlings alles zu glauben; immerhin aber enthält seine humoreske positive Behauptungen über „leitende Kreise“ und so weiter in Deutsch-Ostafrika, die das Kolonial- und Auswärtige Amt nicht stillschweigend hingenommen lassen kann. Baumann ist österreichischer Beamter und genießt als „Afrikaner“ eine gewisse Autorität; unter diesen Umständen ist der Fall wichtig genug, um thunlichste Feststellung des Thatbestandes auf diplomatischem Wege zu rechtfertigen.“

Die Aeußerung des Grafen Posadowsky vom nervösen Dilettantismus auf sozial-politischem Gebiet erregt das ganz besondere Wohlgefallen der Organe, die auf diesem Gebiete am liebsten tiefste Gleichgültigkeit sähen. Das Organ der Großindustriellen, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, feiert die darin liegende Parole und versichert:

„Es wird dem Grafen Posadowsky durch die deutsche Industrie und alle die, die es mit unserem wirtschaftlichen Leben wohl meinen, nicht vergessen werden, daß er zur Kennzeichnung der Lage das mutige und zutreffende geistige Wort gesprochen hat, vom sozialen Dilettantismus.“

Auch die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ ist mit den in dieser Parole liegenden Grundsätzen einverstanden und möchte sie auf die Vergangenheit ausdehnen zur Beseitigung der bekannten Bäckereidordnung, denn von dieser gälte ganz besonders, daß sie geradezu nach dem grünen Tische rieche, daß sie ohne vorherige genügende Fühlung mit den Männern des praktischen Lebens erlassen worden sei, daß sie keine Befriedigung, sondern Unzufriedenheit schaffe. Auch das eigentliche Organ der Scharfmacher und des Freiherrn von Stumm stimmt natürlich dem Grafen Posadowsky zu, verlangt aber gleichzeitig mit unverkennbarer Nervosität, die offenbar im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Anschauungen des Grafen Posadowsky steht, Beschleunigung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Arbeitswilligen. — Dieses Einvernehmen zwischen Posadowsky und den Scharfmacherorganen ist „rührend.“ Nun, dafür ist ja auch Posadowsky keine „Null“, wie sein Kollege Hammerstein.

Die Reformbedürftigkeit des Preßgesetzes beweist wieder einmal folgender Vorfal: Der „Bogtländische Anzeiger“ in Blauen wurde zur Aufnahme einer Berichtigung von dem dortigen Landgericht in der Berufsstanz verurtheilt, obwohl sich das Blatt bereit erklärte, für die Wahrheit des von ihm behaupteten den vollen Beweis zu bringen. Das Landgericht sprach aus, daß nach dem heutigen Preßgesetz eine Zeitung auch gegen ein sachlich unberechtigtes Berichtigungsbegehren an sich machtlos sei. Allein es könne ihr nicht verargt werden, im Anschluß an die Berichtigung ihre frühere Darstellung aufrecht zu erhalten und auf die ihr zu Gebote stehenden Beweise sich zu beziehen. Der Fall wird wohl die höchste Instanz beschäftigen; auch er beweist, wie dringend eine Aenderung des bekannten § 11 des Reichspreßgesetzes nothwendig ist.

Spitzel und Liebe. Das Berliner Polizeipräsidentium erklärt die Behauptung, daß die Clara Becker, die Mitangeklagte im Prozeß Grünmachler, von der Criminalpolizei, insbesondere dem Kommissar Boefel, zu Spitzelbienen verwandt sei, für unwahr. — Danach hätte die Becker, auf deren Äußerungen sich die Behauptung stütze, die Unwahrheit behauptet. Nachdem sich jedoch das Berliner Polizeipräsidentium anlässlich der jüngsten Ausweisungen von Russen in seinen Dementis als recht unzuverlässig erwiesen hat, hat man allen Grund, auch dem Dementi in Sachen Becker nur bedingten Glauben beizumessen.

„Waffenträger der Sozialdemokratie“ überschreibt die offiziöse Preßdirne, die „Nordd. Allg. Btg.“ einen heftigen Artikel gegen die „Soz. Pr.“, der von dem ungleichen Maße redet, mit dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom Gesetz und der Rechtsprechung gemessen würden. Der Artikel der „Nordd. Allg. Btg.“ schließt:

„Das Heil der Zukunft erwartet die „Soziale Praxis“ einzig von der vollen Bewegungsfreiheit und einer Entfaltung der Arbeiterorganisationen als Gegengewicht gegen die Unternehmertölkationen. Daß ein solcher Aufmarsch der beiden Parteien erbitterte Kämpfe im Gefolge haben dürfte, sieht der Verfasser sehr wohl ein, doch hofft er, durch Arbeiterschüsse, Gewergerichte, Einigungs- und Schiedsämter, Arbeiterkammern u. s. w. den unheilvollen Konflikten ihre Spitze nehmen zu können. Das vom Verfasser befürwortete Mittel zur Abmilderung des sozialen Friedens (das übrigens nur die Durchföhrung der Kaiserlichen Erlasse ist. D. R.) würde die Gegensätze in unerträglich Weise zuspitzen und unser Erwerbsteleben den größten Gefahren preisgeben. Einen positiven Nutzen aber von einer staatlichen Organisation der Arbeiterkategorie würde lediglich die Sozialdemokratie haben, die alsdann die ihr bisher noch nicht eingelebten Arbeiterschriften an sich zu ziehen in der Lage wäre. Ueber dem Ringen der Parteien um dem Antheil am Arbeitsgewinn steht das Wohl des Vaterlandes, über dessen Grundbedingungen die sozialpolitischen Reformatoren leider leichtfertig hinwegsehen. Sie tragen in unheiliger Verblendung die Waffen herbei, mit denen der Unsturz sein Zerströmwert an den Organisationsformen der bürgerlichen Gesellschaft einzuführen vollenden zu können meint. Wehe, wenn solcher Dilettantismus feste Wurzeln im deutschen Volk schlägt.“

Man sieht, wie gefährlich es ist, unter dem Zwanghauskurs von sozialpolitischen Maßnahmen zu sprechen. Die „Soz. Pr.“, das Organ der Vertuschung und Köstide-Dessau, das sich in sachlicher Weise über Arbeiterfragen ausgelassen hatte, muß sich davon dem ehemaligen Pinotierblatt ders ablangeln lassen. Es ist also gefährlich über Sozialpolitik zu schreiben, um viel gefährlicher aber muß es sein, solche erst zu treiben. Trotzdem aber soll — frei nach Posadovsky — noch ein Stillstand in der Sozialpolitik eingetreten sein. Wer macht da nicht?!

Kavallerie-Offiziere vor! In der „Kreuz-Zeitung“ findet sich folgender Aufruf zur Verbesserung der Militärvorlage:

„Alle verabschiedeten Kavallerie-Offiziere des deutschen Heeres, welche die Mobilisierungen von 1850 bis 1870 erlebt und die Feldzüge von 1864 bis 1870/71 mitgemacht haben, fordere ich hiermit im Interesse der Waffe auf, die Reichstags-Abgeordneten ihres Wahlkreises zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Kavallerie-Regimenter, welche nach der dem Reichstage zugegangenen Militärvorlage neu errichtet werden sollen, zu fünf und nicht zu vier Schwadronen aufgestellt werden. Zur Begründung dieser Aufforderung verweise ich auf die Ausführungen des General-Leutnants v. Pelet-Barbone in Nr. 27 der „Kreuz-Zeitung“.

Schon Herr v. Levetzow erklärte im Reichstage, er als alter Kavallerie-Offizier finde die Forderungen der Regierung für die Kavallerie zu mäßig. Er findet nun Nachfolger. Wenn aber die Reichstags-Abgeordneten den Herren Kavallerie-Offizieren bedeuten sollten, daß in ihren Wahlkreisen hunderte ehemaliger Kavalleristen der Meinung seien, daß die Herren Kavallerie-Offiziere, sofern sie noch weitere Vermehrungen wünschten, auch die Kosten dafür selbst tragen sollten — wie werden die edlen Herren sich dazu stellen?

Vom Terrorismus der Unternehmer, den diese mit der Hungerpeitsche ausüben, wenn der Arbeiter sich nicht als gefügiges Werkzeug erweist, zeugt folgendes im Mai v. J. von den Harzer Werken, Gartenholz bei Blankenburg an die Direktion der Harzer Werke, Blankenburg gerichtete „Mittheilung“:

Die Arbeiter aus Güttenrode und aus Neuwerk sind am 12. resp. 16. v. Mts. wegen frechen Benehmens von hier entlassen und sind i. St. bei Herrn C. E. Buchholz schriftlich gemeldet. Dieselben werden seit einigen Tagen auf dem Steinbruch Diabas beschäftigt und bitte ich daher ganz ergebenst, das Nöthige hierüber veranlassen zu wollen.

Die beiden Arbeiter waren wegen des erbärmlichen Lohnes mit ihren Vorgesetzten in Wortwechsel gekommen. Sie sind dann auf der Gewerkschaft Diabas in Arbeit getreten, wurden aber nach einer Zeit von 3—4 Wochen — binnen welcher der Verfasser obiger Denunziation ihre neue Stellung ausspionirt hat — durch den Betriebsführer gekündigt auf Grund einer gemeinschaftlichen Verabredung der Herren Direktoren verschiedener Werke. An dieser vielleicht bei Sekt und Aupstern zu Stande gekommenen „Verabredung“ sind betheiligte die Gesellschaften Harzer Werke, Gewerkschaft Diabas, Max Meyerstein, Mübelsander Kalkwerke, Buchholz und Mertens und noch einige kleine Firmen des Harzbezirks, die mehr oder weniger von den erstgenannten fünf Firmen abhängig sind.

So terrorisiert das Kapital die Arbeiter, die sich willenlos fügen. Wie wär's mit der Einföhrung in die „Material“-liste zu Begründung der „Zuchthausvorlage“, Herr von Posadovsky?

Der Dolus eventualis im Kriegerverein. Aus Landsherg a. d. W. wird dem „Vorwärts“ geschrieben: „Der patriotische Wehrverein in Seibitz bei Landsberg

hielt dieser Tage seine Generalversammlung ab, in der u. A. über die Berufung verhandelt wurde, die ein Mitglied gegen seinen Ausschluß eingelegt hatte. Der Ausschluß war, wie selbster „Vorwärts“ mitgetheilt hatte, deswegen erfolgt, weil das Mitglied dem Maurer-Fachverein in Landsberg angehörte und daraus vom Landrath geschlossen worden war, daß dasselbe sozialdemokratisch gesinnt sei und bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt habe. Diese Annahme konnte nun in der Versammlung der Vorstand nicht im mindesten begründen, weshalb die Versammlung, mit Einschluß der Vorstandsmitglieder, einstimmig die Ausschließung verwarf.“

Wo gespart werden könnte! Recht lehrreich ist eine Durchsicht des Etats der Generalordenskommision. Hier könnten Ersparnisse gemacht werden, wenn die Volksvertretung einmal das ganze Ordenswesen von den Schultern des Volkes abwälzte. Von den Konservativen kann man allerdings so etwas nicht erwarten, aber die freisinnigen Abgeordneten sollten bei der Verathung dieses Etats im preussischen Abgeordnetenhause die Gelegenheit ergreifen, darüber Aufklärung zu geben, wie man in weiten Kreisen des Volkes über das ganze Ordenswesen denkt. Der Etat der General-Ordenskommission ist mit einer Ausgabe von 204 060 M. arggesetzt; davon entfallen auf Anschaffung und Unterhaltung der „Ordensinsignien“ 130 000 M. für Gehälter u. der Bureaubeamten 53 900 M., für Pensionationen 6900 M., für Bureaubedürfnisse u. 13 250 M. — Wie viele Schulhäuser könnten auf dem Lande alljährlich für 204 060 M. gebaut werden, wo es zwar un-nöthigsten ist, es aber „am Nöthigsten“ fehlt, um elende Lehmbaracken zu beseitigen!

Novelle zur Gewerbeordnung. Die dem Bundesrath vorliegende Novelle zur Gewerbeordnung nimmt zunächst, wie Berliner Blätter melden, eine Kontrolle der Gesindevermiether und Stellenvermittler in Aussicht. Der Betrieb dieses Gewerbes soll von besonderer polizeilicher Konzeption abhängig gemacht werden. Ferner schlägt die Novelle neue Bestimmungen vor über die Einföhrung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln, sowie über die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiter und jugendliche Arbeiterinnen, namentlich im Konfektionsbetriebe. Sodann werden eingehende Vorschriften vorgeschlagen über die Beschäftigung der Gehülphen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Läden. Schließlich enthält die Gewerbe-Ordnungs-Novelle eine Ergänzung der Bestimmungen über das Verfahren bei Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen und Erweiterung der Zahl der vom Gewerbebetrieb im Umherziehen ausgeschlossenen Gegenstände.

Der Bundesrath stimmte in seiner Sitzung am Donnerstag dem Entwurfe betr. die Sammlung von Saatenstands- und Ernte-Nachrichten zu, ebenso dem Gesekentwurf wegen Abänderung des Bankgesetzes vom 14. März 1875 und den Gesekentwürfen für Elbst-Lothringen auf Errichtung einer Pensionszuschuß-, Wittwen- und Waisenkasse für Förster u. s. w. betr. Festsetzung des Landeshaushalts-Etats für 1899 und betr. Aufhebung der Kantionspflicht der Landesbeamten. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Vorlage betr. die Beförderung von Auswanderern durch die „Compagnie Generale Transatlantique“ in Havre und Paris sowie der Gesekentwurf über die Schlachtvieh- und Fleischschau. Schließlich wurde noch über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Beim Reichstage sind bis jetzt nicht weniger als 3619 Petitionen eingegangen. Wieder kommen die Magistrats verschiedener Städte mit der Bitte um Erlaß eines Gesetzes über die Heranziehung des Reichsfinanzs zu den Gemeindelasten, wieder petitioniren Mäßigkeitsvereine um ein Gesetz gegen die Trunksucht. Ren ist dagegen das Gesek von Ärzten aus Frankfurt a. M. um Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Staatsbürger mit einem Einkommen bis zu 2000 Mark. Der Magistrat von Dresden bittet um Abänderung des Zollvereinigungsvertrages hinsichtlich der kommunalen Besteuerung des Weines, Bieres und Branntweines. Apotheker, Droguisten und Zahnkünstler wünschen reichsgesekliche Regelung ihrer Gewerksverhältnisse. Die Frauenvereine fordern die Approbation weiblicher Ärzte. Die Rechtskonsulenten wollen eine gesekliche Gebührenordnung, die freien Gemeinden eine für Dissidenten geeignete Eidesformel eingeföhrt wissen. Sehr zahlreich sind die Petitionen, die die Fleischzufohr betreffen, doch bei weitem am zahlreichsten die Gesuche um Anbahnung von Maßregeln gegen den Massenfang der Zugvögel in Südtirol und Italien. Die verschiedensten Vorschläge liegen bereits vor für das im Reichstage erwartete Invalidenversicherungs-Gesek, für die Postgeseknovelle. Schließlich fehlen auch nicht die Petitionen um Reform des Eisenwesens.

Eine Steuerreform ist in Hessen geplant. Danach sollen in Zukunft nur zwei staatliche direkte Steuern bestehen: die Einkommensteuer und die Vermögenssteuer. Die seitherigen Realsteuern auf Grundbesitz und Gewerbebetrieb, sowie die Kapitalrentensteuer würden in Wegfall kommen. Durch den Wegfall dieser beiden letzten Steuern würde dem Staat noch ein Einnahmeausfall von rund zwei Millionen Mark entstehen. Diesen Ausfall will die Regierung theilweise aus den in Aussicht zu nehmenden Mehreträgnissen der preussisch-hessischen Eisenbahn-Gemeinschaft decken. Der Restbetrag des Ausfalles soll dem Ent-

wurf gemäß gedeckt werden durch Errichtung einer Staatslotterie dem letzten Rettungsanfer der bürgerlichen Steuerpolitiker, durch die Wiedereinföhrung einer Weinstener und durch die Erhöhung der staatlichen Hundesteuer. Dem Verlangen nach einer Entlastung der minderbemittelten Bevölkerung ist in der „Reform“ in keiner Weise stattgegeben.

Erstehende Schweine. Aus Tarnowit wird der „Deutschen Fleischzeitg.“ gemeldet:

„Seit 14 Tagen werden die Schweine, die wir aus Polen einföhren und in hiesigen Schlachthöfen schlachten, außer mit den Stempeln „Trichinenfrei“ und „Stadt. Schlachthaus Tarnowit“ noch mit einem 20 Centimeter langen und fast 2 Centimeter breiten Stempel von rother Farbe „Russisches Fleisch“ besampelt und zwar so, daß jedes Schwein 60 bis 66 solcher Stempel „Russisches Fleisch“ bekommt, das ganze Fleisch der Schweine überhaupt vollständig roth von Farbe besampelt ist. Die Schwarte ist jetzt mit diesen Stempeln nicht zu gebrauchen und das Ganze wirkt geradezu ekel-erregend.“

Ein Seitenstück zur blauen Margarine! Wird das wieder die Zufriedenheit mit unseren Zuständen erhöhen!

Kleine politische Nachrichten. Im Reichstage hat der Abg. Koch (F.F.P.) zur zweiten Lesung des Etats die Resolution eingebracht, für unsichere und erlittene Haftstrafe Entschädigung zu gewähren. Als Basis für die Restauration des Reichstags hat der Gesamtvorstand des Reichstags beschloffen, den Kellern außer freier Station 2 M. täglich zu gewähren, wovon die Hälfte der Restaurateur, die andere Hälfte die Reichstasse tragen soll. Die neuen Stellenzulagen, die im Reichshaushalt und im Staatshaushalt geschaffen werden, scheinen zu besonders individuellen Beschlüssen für Beamte bestimmt. So wird die Streberei gestrichelt. — Dem Karfreitag den Charakter eines allgemeinen Feiertages für den ganzen Umfang des preussischen Staatsgebietes zu geben, ist ein Gesekentwurf bestimmt, den der Kultusminister dem Herrenhause hat zugehen lassen. Weshalb der Karfreitag nicht als gesetzlicher Feiertag in Theilen der Rheinprovinz, namentlich auf der linken Rheinseite und in den ehemals kurtrierischen Kantonen, sowie Theilen der Provinzen Posen, Westfalen und einigen anderen kleineren Bezirken aufgehoben. Ein „kleines Mittel“. Eine wesentliche Ermäßigung des Güntertarifs auf den preussischen Staatsbahnen, die in der Hauptsache landwirthschaftliche Erzeugnisse zu Gunsten kommt, hat soeben der Minister Theilen angeordnet. Danach werden vom 1. April 1899 Günter, sämmtliche Garteuprodukte und geräucherter Heringe zum Frachtagelast angekommen und als Günter befördert. Durch diese Anordnung tritt gegenüber den bisherigen Sägen eine Verbilligung der Fracht um die Hälfte ein. Im Birkus Buch findet am 13. Februar, Nachmittags 12 1/2 Uhr, die Generalversammlung des Bundes der Landwirthschaft statt. Wird Herr v. d. Orben-Arenstein über das Thema „Hammerstein“ sprechen? — Die deutschen Dinerschiffer wollen sich zu einem Schifferbunde zusammenschließen, um ihre gemeinsamen Interessen besser wahren zu können. Am 25. d. M. tritt in Berlin der erste deutsche Schiffertag zusammen. Er wird außer der Gründung des Bundes eine Stellungnahme zu den Kanalplänen der Regierung und zu dem neuen Landwirthschafts-gesek bringen. Die Verhandlungen dürften mehrere Tage dauern. Fast alle Schiffervereine entsenden Vertreter. — Eine Schule für die Landgenbarmerie soll nach dem neuen Etat für 1899 in Posen errichtet werden zur besseren theoretisch-praktischen Ausbildung der Gendarmenmannschaften. Es soll je eine Schule im Osten und im Westen des Staates errichtet werden. Bei derselben sollen vier Distriktschiffere und zehn Oberwachmeister als Lehrer fungiren. — Noch ein schuldenfreier deutscher Staat. Der „Magdeburger Btg.“ schreibt man: Möglich wurde mitgetheilt, das Fürstenthum Neuchâtel sei das einzige Land in Deutschland, das keine Staatsschulden besitze. (Später wurde auch noch Baden als solcher Staat genannt. Red. d. W.) Es sei jedoch erwähnt, daß auch das Fürstenthum Altenburg in der glücklichen Lage ist, keine Staatsschulden zu haben. — Eine fidele Revolution hat sich soeben in San Salvador zugetragen und eine geradezu klassische Erledigung gefunden. Der Präsident Gutierrez hatte den General Regalado soeben zum Befehlshaber der „gesamten Armees“ ernannt, als dieser Trave auf die Idee kam, er sei zu dieser gezeigter, die Weisheit San Salvador's zu lenken, als sein Auftraggeber. Gedacht, gethan. Er ging in die Kaiserrie, lud seine Offiziere zu einem gemüthlichen Frühstück, entwickelte ihnen die Vortheile, welche auch für sie aus einem solchen Arrangement erwachsen und fand allgemeine Zustimmung. General Regalado trat darauf aus Telephon rief Herrn Gutierrez an und theilte ihm kurz mit: „Sie sind nicht mehr Präsident. Alle Bataillone haben sich für mich erklärt.“ Gutierrez verstand die Mittheilung und verschwand zur selbigen Stunde nach Honduras. Eine Revolution durchs Telephon, das ist in der siecle!

Luzemburg.

Aus Luzemburg wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Die Abgeordneten Welter und Gnossen hatten den Antrag eingebracht, die direkten Steuern bis zum Betrage von 10 Francs während des laufenden Jahres außer Hebung zu setzen. Die Luxemburger Staatskassen fließen über in Folge der indirekten Steuern und hauptsächlich der Zölle. Um den ärmeren Klassen eine kleine Kompensation zu bieten und da Luzemburg abhört keinen Einfluß auf die Einnahmen des Zollvereins hat, so versuchten die Antragsteller, die Entlastung auf einem Umwege zu bewerkstelligen. Die Entlastung sollte sich bloß auf die Steuerquoten bis zu 10 Francs erstrecken, damit kein Wähler des Stimmrechtes verlustig ginge. (Zensuswahlen.) In der Sitzung vom 17. Januar wurde der Antrag mit großer Majorität abgelehnt. Natürlich, es handelte sich ja um eine Klasse von Bürgern die keine politischen Rechte haben.

Frankreich.

Das Kabinet Dupuy und das Parlament. Das gegenwärtige französische Kabinet hat bis jetzt sehr viel Glück in seinem Verkehr mit dem Parlament gehabt. Eine einfache Tagesordnung, die sich mit dem Verhalten der Minister einverstanden erklärt, nach der anderen wird mit großer Mehrheit angenommen. So im Senat, wo über drei Interpellationen in der Dreifusssache verhandelt wurde und so wiederholt in der Kammer. Daß es sich geschickt von Seiten der Opposition wäre, dem Ministerium in dieser Weise wiederholt Triumph zu bereiten wird man sicher nicht behaupten können; aber es existirt eben auch keine geschlossene Opposition, und es suchen sich fast immer nur einzelne Deputirte oder kleine Gruppen

wichtig zu machen. Nun war man wenigstens auf den Verkauf der Kammerführung am Freitag einigermaßen gespannt, weil der Sozialist Breton versuchen wollte, etwa Naderes über das diplomatische Geheimniss und den angeblichen Brief des Deutschen Kaisers aus den Ministern herauszulocken. Aber auch dieser Versuch verlief im Sande. Aus den Erklärungen des auswärtigen Ministers war nichts Bestimmtes zu entnehmen. Trotzdem wurde die einfache Tagesordnung mit 480 gegen 51 Stimmen angenommen. Vorher war noch die Dringlichkeit eines Antrages des Sozialisten Déjeante wegen Beseitigung der Südpolkapelle Ludwig's XVI. mit 332 gegen 159 Stimmen abgewiesen worden.

Zum Dreissigjährigen Krieg. Der Anwalt Esterhazy, Cavanos, erklärt, Esterhazy sei vom Kriegsminister von seinem Amtsgeheimniss entbunden worden, doch habe der Minister ihm verschiedene Punkte angegeben, über die er vor dem Cassationshofe nicht aussagen dürfe. Esterhazy hat, da man seinen Gasthof ansindig gemacht hat, in einer Irrenanstalt der Brüder S. Jean de Dieu Wohnung genommen. — Sonnabend Nachmittag fand eine neue Versteigerung von Möbeln Zolas statt, um die Prozesskosten zu decken, die Zola an die drei Schriftkundigen im Betrage von 2500 Fr. zu zahlen hat. Als der Beamte einen Spiegel zum Verkauf stellte, für den kleinere Angebote gemacht waren, bot der Verleger 2500 Fr. Damit war die erforderliche Summe gedeckt. Die Anwesenden brachen in die Knie aus: Es lebe Zola! — Der Cassationshof hielt Freitag Nachmittag eine Sitzung bei verschlossenen Thüren ab; er prüfte die diplomatischen Geheimnissstücke, hierüber wurden Hanotaux und Paléologue vernommen, die dann mit den Generalen Mercier, Waldecke, Gonse und Villot konfrontiert wurden. Es heißt, die Vernehmung Esterhazy's werde heute, Montag stattfinden.

Rußland.

Wie Rußland abrüstet. Das Marineministerium hat beschlossen, den Bau eines 12-Kanonen ersten Ranges von 6250 Tons Wasserdrängung der Schiffsart des „Balkan“ in Sestini und den Bau zweier 2000-Pooderboote von je 350 Tons Wasserdrängung der Schiffsartischen Werft in Ekburg zu übertragen. Die Kosten für den Kreuzer sind auf über 4 Millionen Rubel festgesetzt. Die Schiffe müssen im nächsten Jahre fertig sein. Alle in Petersburg im Bau befindlichen Kreuzerschiffe sollen in diesem Jahre und 22 Torpedoboote im nächsten Jahre fertiggestellt werden. Ferner wurde beschlossen, in diesem Jahre auf den Werften der neuen Admiralität zwei Geschwaderpanzer, von ungefähr 12700 Tons Wasserdrängung zu bauen, sowie auf der Werft der Russischen Lokomotivenfabrik ein Panzerschiff von 12700 Tons, einen Kreuzer von 6000 Tons und einen solchen von 3000 Tons. — Wer soll bei dieser Rüstung die Friedensbotschaft „Wäterchen“ noch recht nehmen?

England

Die Grausamkeiten in der Schlacht von Omdurman. Es ließ sich erwarten, daß der Verlauf des Kriegs-Korrespondenten der „Westminster Gazette“, Bennett's, im Januarheft der „Contemporary Review“ über die angeblich in der Schlacht von Omdurman verübten Grausamkeiten Entgegnungen von amtlicher oder nicht-amtlicher Seite hervorzurufen würde. Am positivsten läßt sich der Kriegs-Korrespondent der „Daily Telegraph“ im Sudanfeldzuge, Burleigh, vernehmen: „Die Behauptung Bennett's, daß Befehl erteilt wurde, die Verwundeten zu tödten, ist sicherlich unbegründet. Es ist das erste Mal, daß ich so Etwas gehört habe. Die Mitteilung erscheint unglaublich, und ich glaube ehrlich gesagt, daß sie entsetzlich unwahr ist. Bennett sagt weiter: „Es schien als ob die Sudaner sich grimmig freuten, die Verwundeten niederzutreten zu dürfen.“ Aber selbst sie, welche durch einen Feind von schlangenhaftem Charakter an die Front zu marschieren hatten, schonten Tausende von ihren Feinden. Nur diejenigen, von denen sie argwöhnten, daß sie dalagen, um zu morde, wurden hingemacht (!) Der Genauigkeit wegen mag erwähnt werden, daß unsere Truppen nicht über das halbe Schlachtfeld schritten. Die beste Antwort auf die leichtin vorgebrachten Beschuldigungen ist vielleicht die, daß 9000 und später 11000 verwundete Dervische von den britischen und ägyptischen Ärzten in Omdurman behandelt wurden. Es gab ebenso viele unverwundete Gefangene. Wäre Bennett nicht im September fortgereist, so hätte er sie in dem Lager bei dem Grabdenkmal des Mahdi und dem beim britischen Lager aufgeschlagenen Hospital sehen können.“ Auch Bennett's Behauptung, daß britische Truppen an der Niedermetzelung der verwundeten Dervische Theil genommen haben, bestreitet Burleigh. Die Plünderung, welche in Omdurman stattgefunden haben soll, leugnet Burleigh auf das Entschiedenste. „Niemand wurde nach der Eroberung einer Stadt mehr Menschlichkeit gezeigt, als vom Sirdar und seinen Truppen nach dem Einzug in Omdurman. Zuerst rückte nur eine Brigade und eine Batterie in die Stadt ein. Das Plündern am Nachmittag und am Abend besorgten die ärmeren Classen der Stadt. Diese fanden uns so nachsichtig, daß sie den Getreidespeicher des Khalifen und die Häuser der flüchtigen Emire und Scheichs verbrannten. Das ist natürlich etwas Anderes, als die Erzählung Bennett's uns glauben machen will.“

Auch der preussische Hauptmann im großen Generalstabe, Adolf von Liedemann, der als deutscher Militärattaché bei Omdurman zugegen war, wiberlegt in einer Zuschrift an die „Times“ die Version englischer Zeitungen, die auch von uns wiederholt wurde, daß verwundete Dervische aus bloßer Grausamkeit von englischen

und ägyptischen Soldaten getödtet wurden. Er schreibt, er hätte sich am Tage der Schlacht von morgens 5 1/2 Uhr bis abends 9 Uhr in unmittelbarer Nähe des Sirdars aufgehalten. Der Letztere habe niemals Befehl gegeben, die verwundeten Dervische zu tödten. Im Gegentheil, als ihm beim Einzuge in Omdurman einzelne Dervischehaufen begegneten, habe er sie freundlich empfangen und alles gethan, um den Straßenkampf, der hier und da ausbrach, beizulegen. Ohne Rücksicht auf seine persönliche Sicherheit sei er mehrmals mit erhobenen Händen in die Straßen und Höfe hineingeritten und hätte der Bevölkerung ein lautes „Alman“ (Frieden) zugerufen. Falls auf dem Schlachtfelde einige verwundete Dervische getödtet wurden, so sei dies eine durchaus notwendige, wenn auch bedauerliche Maßregel gewesen. Er selbst (Liedemann) hätte bei seinem Ritt über das Schlachtfeld mehr als einmal in Gefahr geschwebt, von dem am Boden liegenden, dem Anschein nach wehrlosen Dervischen heimtückisch getödtet zu werden. Es wäre nicht nur vom moralischen, sondern auch vom Standpunkt der Pflicht geboten gewesen, daß diese verwundeten Fanatiker von den anglo-ägyptischen Soldaten unschädlich gemacht wurden. Wenn dabei auch einmal ein unschuldiger Dervisch, der nur um Rettung dachte, erschossen worden sei, so wäre dies unvermeidlich gewesen. Eine Plünderung Omdurmans hätte schon deshalb nicht stattfinden können, weil man den meisten Häusern der Stadt ihre Vermögen schon von Weitem anlah. Nur die Wohnungen Jakubs und der anderen Dervische hätten ein etwas besseres Aussehen gehabt. Aber diese wären von einem Soldatenkorps bewacht worden. Die Gebäude des Khalifen, die unter dem Bombardement sehr gelitten hatten, seien nicht von den ägyptischen Soldaten sondern den Einwohnern der Stadt geplündert worden.

Asien.

Zur Samoafrage. Antwortmeldungen aus Washington zufolge gebunden sich die Amerikaner in der Behandlung der Samoafrage ganz rabiat chauvinistisch, beischuldigen die deutschen Regierungsvertreter auf Samoa schwerste Verbrechen und weisen ihnen die Hauptschuld an den entstandenen Wirren bei. Es scheint indessen, daß die amerikanische Regierung diesen chauvinistischen Vornahmen fern steht und überreits die Angelegenheiten weit ruhiger betrachtet. Sarnschand eingetroffene offizielle Depeschen aus Washington besagen:

„Das Kabinett berath über die Samoa-Angelegenheit; aber, da keine amtliche oder andere Information vorlag, war man bei Rücksicht, daß gegenwärtig nichts mitzuteilen werden sollte, was über die Beantwortung einer Konferenz der Vertreter der drei beherrschenden Mächte hinausginge. Man ist der Ansicht, daß in Berlin eine Konferenz bald zusammenzutreten wird.“

Wie obiges gemeldet wird, behandelt das Staatssekretariat die Samoafrage mit Entschiedenheit aber mit Besonnenheit. Es ist nicht einverstanden mit den aufregenden Zeitungsartikeln, welche darauf berechnet sind, eine freundschaftliche und gütliche Lösung der Frage zu durchkreuzen. Amtliche Mittheilungen fehlen noch. Soweit sich hier ermitteln läßt, leant man amtlich den Grund nicht, der den Oberrichter veranlaßt, Mataafa für nicht rechthaber zu erklären. Man vermuthet jedoch, daß die Entscheidung auf unsäulere Beeinflussung von Seiten der interessirten Parteien zurückzuführen ist.

Darauf darf man erwarten, daß Amerika sich nicht weigern wird, die Entscheidung des Oberrichters Chambers aufzuheben und ihn zur Bestätigung der rechtmäßig zu Stande gekommenen Wahl Mataafa's anzuweisen. Damit würden die augenblicklichen Schwierigkeiten am Besten beseitigt werden, da Mataafa die größte Autorität und auch den stärksten Anhang unter den Eingeborenen besitzt. Eine anderweitige grundsätzliche Regelung der Samoafrage wird trotzdem nicht zu umgehen sein und man darf demnach den baldigen Zusammentritt einer Spezialkonferenz erwarten.

Nach einer Meldung aus Wellington (Neuseeland) hat der britische Kreuzer „Tauranga“ den Befehl erhalten, nach Samoa zu gehen. Daß auch Amerika einen Kreuzer nach Samoa beordert hat, ist schon gemeldet worden.

Das Jahr 1898 und die Lübecker Handelskammer.

VI.

A. K. Der Tabakarbeiterstreik tritt durch den Bericht in ein eigenartiges Licht. Bekanntlich hat die Firma Rose u. Schweighoffer erklärt, daß sie aus Konkurrenzgründen die außerordentlich geringfügigen Forderungen ihrer z. Th. schon 40 Jahre und länger bei ihr thätigen Leute nicht bewilligen könne und zur Verlegung ihres Betriebes nach dem Inlande gezwungen sei. Letzteres ist ja auch erfolgt und es ist damit nur ein Entschluß zur Ausführung gebracht worden, der bestimmt nicht von gestern auf heute gereift ist, sondern zweifelsohne seit langem bestanden hat und auch ohne den Ausstand zur Ausführung gelangt wäre. Die Handelskammer acceptirt unbefehlen die Motivirung, welche die Fabrikanten ihrem Vorgehen der Öffentlichkeit gegenüber mitgeben. Sie bemerkt, daß, da eine „Lohnerhöhung u. s. w. aus geschlossenen erschwie n“, die theilweise Verlegung des Betriebes nach auswärts erfolgte, wo billige und ausreichende Arbeitskräfte (will heißen: **Frauen und Mädchen**) zur Verfügung stehen. Warum die Erhöhung ausgeschlossen erschien, wird leider nicht gesagt, es wird nicht geprüft, ob nicht die Firma durch Ausnutzung hiesiger **Zuchthausarbeit** der Konkurrenz dennoch gewachsen war, es wird vor allem auch nicht angedeutet, ob die Sätze des Berichtes:

„Für Cigarren war das Material zu unerschwinglichen Preisen zu beschaffen.“

„Der Abgang von Cigarren und Kautaback ist im Berichtsjahre gut gewesen“ nur auf die kleinen Fabriken, nicht aber auf den Großbetrieb von Rose u. Schweighoffer Bezug haben. Wir neigen gleichwohl der Ansicht zu, daß sie gerade für letzteren gelten. Das verflozene Jahr war überhaupt für die Tabakindustrie durchaus kein mageres. Der Bremer Bericht, der in dieser Beziehung wohl von hervorragender Bedeutung ist, konstatiert sogar, daß die Cigarrenindustrie sich einer normalen Lage erfreute. Wir gehen also wohl nicht fehl, wenn wir behaupten, daß die „Verdrängung der Cigarrenfabrikation größeren Stils am Orte“ nicht auf das Conto libertriebener Arbeiterforderungen zu setzen, sondern dem zeitgemäßen Streben der Cigarren-Großindustriellen zuzuschreiben ist, durch Quantitätsnahme weiblicher Arbeitskräfte hohe Profite anstatt bescheidener herauszuschlagen.

Ähnlich liegt es in den Stanz- und Emaille-Industrien, wo das hier die schlechte Geschäftskonjunktur das Unternehmertum dazu führte, dem Fallten des Geschäftsprofits durch Lohnherabsetzungen zu begegnen. Diese Industrie hat ungünstig abgeschlossen. Ueberproduktion, Vertheuerung der Rohprodukte, Preissturz bei den fertigen Fabrikaten, kurzum all jene für die Zeiten der Krise charakteristischen Ereignisse und Zustände, haben hier den Mehrwerth erheblich vermindert, und selbstverständlich dazu geführt, daß der Arbeiter, wie schon Vossalle es so anschaulich geschildert, den Brädelungen spielen mußten. Nicht unwahrscheinlich dünkt es uns ferner, daß der hiesigen Industrie in Folge der vor einiger Zeit beliebten Nachprobe manches werthvolle Absatzgebiet an die Konkurrenz verloren gegangen ist. Die Folgen solcher Experimente machen sich nicht unmittelbar, sondern meistens erst nach geraumer Zeit bemerkbar.

Sehen wir nun in diesen Fällen, daß bei schlechter Konjunktur der Arbeitgeber den Arbeitnehmer das Sprichwort „Arbeitler Schmerz ist halber Schmerz“ fühlen läßt, so machen wir andererseits leider nicht die entsprechende Wahrnehmung, daß in flotten Geschäftszeiten der Unternehmer die Freude mit dem Arbeiter theilt. In der verwandten Blechemballagenfabrikation ist es bild hergegangen.

„Die Fabrikanten ertheilten sich reger Nachfrage und daher auch steigender Preise.“ Es wurde sogar eine Vergrößerung der hiesigen Betriebsanlagen nothwendig. Andererseits sind die Rohmaterialien im Preise gestiegen, und gegen das Ende des Sommers war über Mangel an Arbeitern (!) zu klagen.“

Das heißt soviel, als: Die Blechemballagenfabriken haben großartige Geschäfte gemacht. Und ihre Arbeiter? Nun, kaum irgendwo — von Büsten und Konservenfabriken vielleicht abgesehen — werden die Arbeiter und Arbeiterinnen so schlecht bezahlt, wie in diesen Betrieben. Lange, harte Arbeit, scharfe Kontrolle, wie in einer Kaserne, Unterdrückung jeglicher Organisationsbestrebungen, steigende Beschäftigung von Frauen und Mädchen, und dazu Löhne, die ein Entsetzen nur erdulden, wenn Mann und Frau schaffen, das ist das traurige Bild, welches sich uns darbietet, ein Bild, das dadurch wahrlich nicht freundlicher zu wirken vermag, daß von Zeit zu Zeit die Arbeiter „freiwillig“ ihren Herren bezugen, wie lieb sie sie haben, und dabei singen, daß es eine Art hat. Vielleicht hält es die Handelskammer ja für angebracht, ein ander Mal die Profite der Aktionäre und die Wochelöhne ihrer Arbeiter zu vergleichen. Man soll auch die Rückseite der Medaille nicht vergessen.

Vielleicht behnt sie diese verdienstliche Arbeit auch noch auf die Maschinensfabriken und den Schiffbau aus. Von ersteren weiß sie freilich zu melden, daß sie sich **höchst günstig** entwickelt haben und mit **reichen Aufträgen** in das neue Jahr gehen, daß der Abgang von Maschinen und Dampfwinden nach dem Inland wie nach dem Ausland beiderseits bedeutend war, daß die Nachfrage **schwer befriedigt** werden konnte, und daß auch hier zu Erweiterungen der Fabrikanlagen geschritten werden mußte, auch erfahren wir von der Koch'schen Werft, daß sie ihre Thätigkeit erheblich erweitert hat, und daß nicht nur belangreiche Aufträge ausgeführt, sondern auch bereits Abschlüsse für Lieferungen bis zum Ende des Jahres 1899 vorhanden sind; allein so nett es ja für die theilhaftigen Arbeiter ist, zu hören, daß sie Aussicht auf feste Arbeit haben, so wünschenswerth wäre es auch für sie, wenigstens annähernd zu wissen, ob und wie weit man ihre Lage zu verbessern gedenkt. Bei der Häufung der Arbeit wird immer hastiger gearbeitet werden müssen, zahlreichere jüngere, minder gut eingearbeitete Kräfte werden hinzugezogen werden, kurzum, das **Risiko der Arbeiter**, die Gefahr, die gesunden Glieder oder gar das Leben zu verlieren, wird bedeutend größer, zumal die betrieblichen Einrichtungen in vielen Betrieben durchaus nicht modern und ausreichend sind. Wird die Metallindustrie in diesen fetten Jahren auch Deder gedenken, die sich täglich müde radern bei schwerer und durchweg recht mäßig bezahlter Arbeit? Man ist mit dem Abziehen so rasch bei der Hand, wenn die Dividenden nicht so recht fließen wollen,

wie wär's denn mit dem Zulagen?

Lübeck und Nachbargebiete.

21. Januar.

Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohnunterschieden ist der Bezug nach der Fabrik Rose u. Schweighoffer, gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau befindet sich Lederstraße 3. Die Streikkommission.

Der Antisemitismus ist in Lübeck in ständigem Wachsen begriffen. Ein Stück Westy der bürgerlichen Parteien nach dem andern fällt ihm zu, was bei der banaussicheren Interessenslosigkeit und Denkfähigkeit unserer bürgerlichen Politik nur allzu erklärlich ist. Wir können auf einen Beweis hierfür aufmerksam machen, der zwar nicht zu den gewichtigeren gehört, dafür aber eines gewissen komischen Anstrichs nicht entbehrt. Die Bewohner des Mitterauer Landbezirks sind mit dem agrarischen „Verein der Landbewohner“, in dem Herr Lauenstein den Ton angiebt, unzufrieden, weil er ihrer Ansicht nach zu viel Politik treibt. Sie hatten deshalb kürzlich nach dem freundlichen Kirchdorse Ruffe, wo wir einst in feischer Sommerluft auf frischgemähtem Mengelornfelde tagen durften, eine Versammlung einberufen und entschlossen sich, einen neuen Verein zu gründen. In dieser Zusammenkunft redete auch ein Redakteur eines hiesigen agrarisch gefärbten Blattes eine große Rede, ein Mann, der bisher in den Reihen unserer sogenannten freisinnigen Volkspartei wandelte und vielleicht auch von einigen Leuten für freisinnig gehalten worden ist. Und nun kommt das Amüsante: Er, der zu einer Versammlung geladen ist, die einen Protest gegen einen agrarpolitischen Verein darstellt, schließt seinen Speech mit den melodramatischen Worten: „Stadt und Land, Hand in Hand!“ Verwundert fragt man sich: Wo in aller Welt hast du denn das gelesen? Und siehe da, man erinnert sich, daß bei der jüngsten Heerschau der Landbändler des Kreises Flensburg der Hamburger Porzellanarbeiter Fritz Raab jenen Vers als passenden Abschluß seiner gegen den nichtagrarischen Landrath gehaltenen Scharfmacherrede verwendet hat. An kleinen originellen Zügen erkennt man am ehesten die Sinnesrichtung eines Menschen: aus jener Harmonie des phrasologischen Geschmacks erkennt man, daß ein gewisser Jemand reif ist für die antisemitische Partei, in die er übrigens in jeder Hinsicht vortrefflich hineinpaßt.

Ein Sozialdemokrat gegen die Bäckereiverordnung? So wird unwillkürlich jeder politisch gebildete Leser sagen.

wenn er aus dem Reichstagsbericht des „Gen.-Anz.“ ersieht, daß Abg. Dertel (Soz.) gegen die genannte Verordnung gesprochen haben soll. Aus unserem Berichte werden unsere Leser erfahren — was selbstverständlich war — daß es sich um den „wilden“ Chefredakteur der agrarischen „Deutschen Tagesztg.“, Dr. Dertel, und nicht um unseren in Nürnberg gewählten Genossen handelt.

Was sind die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine? Bekanntlich wird auf den Fabriken der Angehörigen des hiesigen Vereins der Metallindustriellen kein Arbeiter eingestellt, der nicht einen Schein vom sattem belanuten Arbeitssachweis in der Fischergrube aufweist. Die Unternehmer haben also den Nachweis zu ihrem Monopol erhoben. Gleichwohl haben die Metallhirsche in Henning's Gasthof, Marlesgrube 15, einen nur für Mitglieder bestimmten eigenen Arbeitsnachweis eingerichtet. Was geht daraus zur Evidenz hervor? Nun, was wir von jeher gesagt haben und heute nicht zum Ueberdruß wiederholen wollen. Wir wollen das Faktum im Auge behalten für eventuelle Fälle, und auch die Arbeiter werden gut thun, sich einmal über die Hirsch-Dunder'schen Bestrebungen klar zu werden an der Hand dieser Thatsache.

Raum- und Erdarbeiter für Arbeiten am Ort und in Trave münde werden auf dem städtischen Wasserbauwerke bei der Struckfähre angenommen.

Gulffau. Landarbeiterloos. In der Nacht vom 13. auf den 14. d. M. ist auf dem benachbarten Hofe Henerstücken eine Familie mit ihrer gesamten Habe ausgerückt. Da die Leute jedoch kein Reisegeld hatten, um in ihre Heimath zu gelangen, so haben sie, wie es heißt, auf dem Bahnhof in Ahrensböden ihre Mobilien in Pfand gegeben. Daß sie das Weite gesucht haben, daß Niemanden wundern, denn auf genanntem Hofe erhalten die Arbeiter 0,95 M. — fünf und neunzig Pfennige — Tagelohn und keine Kost. Einige erhalten auch Kost und — sage und schreibe — fünfzig Pfennige Tagelohn. Das macht noch keinen Thaler die Woche. Dabei sind Familienväter darunter, welche Frau und mehrere Kinder zu versorgen haben! Man redet soviel und schreibt noch mehr von den nothleidenden Landwirthen; wäre es nicht besser, man gedächte einmal der **nothleidenden Landarbeiter?**

Entia. Radfahrordnung für die Stadt Entia sind im Meldeamt für 10 Pfennig pro Stück zu haben.

Schönberg. In welchem Vaterländchen war's? Die „M. N.“ berichten: „Vor einiger Zeit bemerkte der Gensdarm Kliege aus Selmsdorf in der Nähe des Daffumer Sees einige Wilddiebe bei der Ausübung ihres Geschäfts. Er stellte fest, daß es der Maurer Sch. und zwei Fischerknechte aus Daffow gewesen waren. Da das Gebiet, worauf sie gesehen waren, als zur Ortshof Schwandbeck gehörig betrachtet wird, so wurden die Wilddiebe vor das hiesige Schöffengericht geladen. In der am Freitag stattgefundenen Verhandlung machten die Angeklagten geltend, daß sie sich auf Daffower Gebiet befunden hätten. Da die Grenze in der Nähe des Sees nicht ohne Weiteres erkannt werden kann, werden Sachverständige, einer von Lübeck und einer von hier, an den Thortort entsandt, um festzustellen, ob die Wilddieberei auf Lübschem oder medlenburgischem Gebiet betrieben ist.“

Selmsdorf. Wegen Verleumdung des hiesigen Distriktschützen von der Gastwirth L., hier selbst, unter Anklage gestellt. Er wurde jedoch vom Schöffengericht Schönberg freigesprochen. Strafmandate wegen Uebertretung der Polizeistunde sollen den Wirth zu den inkrimintirten Worten veranlaßt haben.

Rageburg. Ein jugendlicher Messerheld. Der zwölfjährige Schulschule Ewald Schw. von hier hatte einen jungen Mann, von dem er Rädigung wegen eines Rübenschneides fürchtete, mit einem Messer dort am Oberarm verletzt, daß derselbe 10 Tage arbeitsunfähig war. Der kleine Missethäter wurde am Freitag vom Altonaer Landgericht zu 10 Mark Geldstrafe eventuell zwei Tagen Gefängniß und 30 Mark Buße verurtheilt.

Flensburg. Staatsgefährliche Wetten. Dem „Berl. Tageblatt“ wird aus dem Reichs-Köller erzählt:

„Weil eine Frau Wetten über den Zaun gehängt hat, ein weißes Oberbett immer neben ein rothes Unterbett, so hat sie ein Strafmandat bekommen, da das die Farben des Danebrog sind.“

Wie viel Strafmandate mögen da die jungen Damen der Nordmark bekommen, die das Unglück haben, so gesund zu sein, daß Weiß und Roth auf ihren Wangen sich hochverrätherisch gefellt.

Briefkasten.

Fester Abonnent. Nach 9 Monaten. Haben Sie nichts weiter zu thun, als sich um solche Dinge zu streiten?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Mädchens wurden hocherfreut
F. Elsner und Frau, geb. Schlichting.
Lübeck, den 20. Januar 1899.

Verlobte.
Helene Both
Heinrich Schweim.
Lübeck, den 22. Januar 1899.

Die Beerdigung des Beleuchtungsinspektors **Langfeldt** findet am Dienstag Morgen 9 1/2 Uhr von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt. Beginn der Trauerfeierlichkeit 9 1/4 Uhr.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung von ruh. Leuten im Preise von 160—180 M. in der Nähe des Mühlen- oder Gürtelthor. Off. unter **A B** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April oder später eine Wohnung von 3 Zimmern mit Zubehör in der Nähe der Schwarz. Allee im Pr. v. 200—230 M. i. Leute o. R. Off. u. **R F** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zu sofort ein älterer alleinsehender Mann, welcher Lust hat, Hausarbeiten zu verrichten und 2 Kühe zu füttern
Arnimstraße 26.

Gesucht zu sof. Frauen für die Häuderei u. Marinir-Anstalt
F.A. Rieck, Vorbeckstr. 11.

Zu verkaufen eine Hängelampe billig
Kosenstraße 5.

Ferkel
sehen zum Verkauf
Vorbeckstraße 24.

Verloren am Sonntag ein goldenes Medaillon und ein Schlüssel-Verloque.
Der ehrliche Finder wird ersucht, selbiges abzugeben
Habenstraße 12 a.

Klein-Verkauf
von sämtlichen Spirituosen.
Grönforder Allee, **J. C. Müller.**
Ede Kahlhorststr.

Feinste Meiereibutter
Pfund 1.10 M.
J. C. Müller
Grönforder Allee, Ede Kahlhorststraße.

Der neu gewählte Reichstag ist zusammengetreten

und ist es für jeden Leser der Berichte sehr wichtig, von den einzelnen Rednern zu wissen, welcher Partei und welchem Verufe dieselben angehören, welchen Wahlkreis sie vertreten, wie lange schon im Reichstag zc. zc.

Dieses Alles nebst Abbildung der Abgeordneten ist in Joseph Kürschner's

Der neue Reichstag

enthalten und sehr zu empfehlen. Preis 50 Pfg.
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Briefbogen u. Briefumschläge

empfehlen die
Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.

Öffentliche socialdemokratische Partei-Versammlung

am Donnerstag den 26. Januar
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898.
2. Innere Partei-Angelegenheiten.

Die Vertrauenspersonen.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 24. Januar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Es ist nothwendig, daß sämtliche Kollegen erscheinen.
Die Lokalverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Versammlung

am Dienstag den 24. Januar
Abends 8 1/2 Uhr
bei **F. Leeke,** Lederstrasse 3.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1898.
3. Fragekasten. 4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hützstraße 32.

Frau Pfeiffer
Hebamme
Marlesgrube 66.

Spar-Club 1898.
General-Versammlung
am 13. Februar, Abends 9 Uhr.
Die Aufnahme neuer Mitglieder findet im Clublokal, Dankwardtgrube 13, statt.
Der Vorstand.
C. Casten.

Freiwillige
Kranken- und Sterbe-Kasse.
General-Versammlung
am Mittwoch den 25. Januar
Abends 8 1/2 Uhr
bei **Dürkop (Central-Hallen.)**

Ball der Seeleute
zum Besten
der Seefahrer-Krankenkasse
verbunden mit
Concert, Aufführungen und
humoristischen Vorträgen
unter Mitwirkung der Frn. Gebr. Puls
am Dienstag den 24. Januar
im Tivoli.
Anfang 7 Uhr. Ende 4 Uhr.
Entree 1 M., eine Dame frei.
Das Comitee.

Stadttheater in Lübeck.
Dienstag den 24. Januar.
Die lustigen Weiber von Windsor.
Komisch-phantastische Oper in 4 Akten v. D. Nicolai.
Mittwoch den 25. Januar.
Novität. Zum 1 Male. Novität.
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Akten von Fd. Philippi.

Der Fall Hogerhuis.

Eine niederländische Dreyfus-Affäre von W. H. Vliegen.
(Aus „Die neue Zeit“.)

Wie haben die bürgerlichen Blätter aller Länder die Dreyfusangelegenheit ausgebeutet, um ihre eigenen, minder sauberen Angelegenheiten zu verschleiern! Wie ward das Wort des Pharisäers: Gottlob, daß ich nicht bin wie diese, variiert! Wie mancher spießbürgerlich: Redakteur hat nicht betont, daß so etwas nur in einer Republik möglich ist, und das Lob der Fürsten aus dem Tadel der Republik hervorgehen lassen!

Ach, die mutigen Menschen! Wie viele von ihnen würden, wenn sie in Frankreich wohnten, „Dreyfusards“ gewesen sein während des Prozesses gegen Pola? Wie viele von ihnen würden den Muth haben, gegen Kautzskandale im eigenen Lande los zu gehen?

In Holland spalt sich gegenwärtig im Fall ab, der im Ursprung von dem Falle Dreyfus ganz verschieden, allmählig mit diesem eine sehr große Ähnlichkeit erlangt hat. Keine bürgerliche Besse (ne, na, die deutsche hat sich in dieser Beziehung auch etwas geleistet! Revolution d. „L. W.“) war mehr entrüstet über den Fall Dreyfus als die holländische. Nirgend hat man Pola mehr verehrt und Dreyfus mehr beweint als in Holland. Als Jules Guyot eine Reise durch Holland machte, empfing man ihn wie einen Helden.

Und dieselbe niederländische Volkspresse gebraucht gerade dieselbe Taktik und dieselben Begründungsphrasen dafür, um drei nach jeder menschlichen Berechnung unschuldige Personen im Gefängnis zu lassen, wie die französische Dreyfus gegenüber that, und die Kämpfer für die Freiheit der Gebrüder Hogerhuis sind verpflichtet, die Hilfe der ausländischen öffentlichen Meinung anzurufen, da sie im eigenen Lande auf fast dieselben Hindernisse stoßen, welche die Kämpfer in der Dreyfusache gefunden haben.

In den Jahren 1891/92 gab es eine starke Währung unter den Landarbeitern der nördlichen niederländischen Provinzen Friesland und Groningen. Es war eine Bewegung, entsprossen aus dem fürchterlichen Elend, welches in diesen Arbeiterschichten herrschte, das wieder vornehmlich aus schrecklicher Arbeitslosigkeit entsprang. Es hing über diesen Gegenden eine unbefehlgewogene Luft, die Regierung sandte Gensdarmen und Truppen und es kam vielfach zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und bewaffneter Macht und im Sommer zu Ausschänden.

Diese ganze Bewegung ist im Sande des Anarchismus verlaufen.

Als die Streiks miktungen waren und die Revue jedesmal gezeigt hatten, daß die Arbeiter gegen die Gensdarmen nichts vermochten, die Massenbewegung dadurch augenblicklich ausstiellos wurde und Anarchismus einwirkte, da trat mehr und mehr der Anarchismus auf und predigte die individuelle That. Dann kamen im Norden allenthalben, am meisten aber im nordwestlichen Friesland, eine Unmasse von Feuerbränden und Diebstählen vor. Die Parole: „Was man uns nicht giebt, nehmen wir uns“, ward von Hunderten in die Praxis überführt.

Natürlich ist nicht die Masse einer Bevölkerung im Stande, zu solchen Anstalten zu gelangen, aber der Theil der Arbeiter, der dem Anarchismus verfallen war, und

das war kein kleiner, dachte und handelte so. So entstand eine sonderbare Lage. Die Masse der Bevölkerung hatte mit den Dingen nichts zu schaffen, aber gewöhnlich wollte keiner aus ihr als Feinde gegen die Unthäter auftreten, der eine nicht aus Furcht, der andere nicht aus Gleichgültigkeit. Unter den Elementen, die sich der erwähnten Thaten schuldig machten, herrschte eine grenzenlose Solidarität und gegenseitiges Vertrauen. Dagegen hätten die Besitzenden — nicht bloß die großen — die Leute von Herzen gern todtgeschlagen lassen.

Trotz aller Klatscherei entdeckte die Polizei keinen einzigen der Verbreiter der größten und sehr wenige der kleineren Vergehen. Daß dadurch die Unzufriedenheit der Bürger aus der Spitze der Behörde wuchs, versteht sich von selbst und daß dies alles die Luft, etwas zu antworten, nachdrückte und zur Leidenschaft machte, ebenfalls. Die Umstände, daß die Thäter der Vergehen fast nie erwischt wurden und man doch anzunehmen mußte, daß diese gewöhnlich in gewissen Arbeitserlösen zu suchen waren, die sich sozialistisch oder anarchisch nannten, machte natürlich, daß man nun auch alle Mitglieder dieser Kreis für die Mitheldigen an einer oder mehreren Thaten beschuldigte.

Das Alles zum Vorschein gekommen das Folgende.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember 1895 fand ein Einbruch mit Diebstahl und Mordanschlag im Dorfe Westum bei Leeuwarden statt. Ein dreizehnjähriger junger Barm, Jantje Jansma, schlief in seiner Wohnung in einem Hause mit dem Bruder seiner Hauswirthin Jansma, der zufällig bei ihm geblieben war. Dieser Jantje war ein starker Schiffsjunge. Von seiner Anwesenheit hatten die Einbrecher gewiß keine Ahnung gehabt, aus dem Grunde, der zwischen den Einbrechern und den drei Bewohnern der Hausnummer, unterlagen die Geister. Ein Jantje traf ein Mitglied, das einige andere Schritte thaten. Ein Einwohner des Dorfes, Wierman Jansma genannt, war ein Hausfreund Jantjes und bewachte sich um die Hauswirthin, stand wenigstens in sehr intimen Verkehr mit dieser. Hogerhuis schloß manchmal bei Jantje und kannte alle häuslichen Angelegenheiten.

Wenige Tage nach der Missethat ward dieser Wierman Hogerhuis mit seinen zwei Brüdern Steijpe und Marten angetroffen und nach polizeimäßiger Untersuchung kam am 6. Juni 1896 die Sache vor das Leeuwarder Gericht und wurden die Angeklagten verurtheilt: Wierman zu zwölf, Marten zu ein und Steijpe zu sechs Jahren Gefängnis.

Die Hogerhuis gehörten zu jener Bevölkerungsschicht, die als anarchisch oder sozialistisch angesehen wurde und unter den bestehenden Verhältnissen wurde es nicht nur unmöglich gehalten, daß sie die Thäter waren. Sie behaupteten alle drei mit der höchsten Entschiedenheit ihre Unschuld. Es half aber nichts und auch in höherer Instanz wurden die drei Leute verurtheilt und also die Chose juger hergestellt.

Im Dorfe Westum, wo die Hogerhuis wohnten, hatte man immer noch auf ihre Freisprechung gehofft, als aber in höchster Instanz die Sache entschieden war, da sang man an, die Köpfe zusammen zu stecken. Der Eine wußte dies, und der Andere wußte das, und Viele, die wußten, daß die Hogerhuis die Missethat nicht begangen hatten, fühlten ihr Gewissen reden. Viele Monate dauerte es noch, aber endlich erhielt es

von mehreren Lippen, die Hogerhuis sind unschuldig! Und dann stiegen ernste und gewissenhafte Männer, wohnort der sozialdemokratische Abgeordnete Rechtsanwalt Treckler eine hervorragende Stelle einnahm, an die Sache zu untersuchen, die Resultate dieser Untersuchungen zu publizieren, und so kam die Bewegung zur Freilassung der Hogerhuis in Gang.

Natürlich richteten die Untersuchenden der Sache ihr Augenmerk zuerst auf die Gerichtsverhandlung, die der Verurtheilung vorhergegangen war, und das Beweismaterial, worauf das Urtheil begründet war.

Holland kennt kein Jury, kein Geschworenen. Die Richter, die das Urtheil zu sprechen haben, haben auch das Material zu prüfen, das Strafmaß zu bestimmen. Sie sind Staatsbeamte. Diese einseitige Zusammenstellung der „Richterbank“ wird etwas ausgewogen dadurch, daß ziemlich hohe Forderungen an das Beweismaterial gestellt werden. Die Frage, welche sich die Untersuchenden der Sache zuerst stellten, galt also diesem Beweismaterial. Und da entdeckte man so entsetzliche Lücken, daß der erste Eindruck der war: wenn die Hogerhuis rechtlosig verurtheilt sind, so ist es reiner Zufall gewesen! Und als dann die Untersuchung über die ganze Sache sich ausgedehnt hatte und Jedermann das Zeugnis mitgetheilt hatte, da befestigte sich der Glaube an einen Justizirrtum immer mehr.

Um es aber noch sofort nicht zu verlernen: das geistlich geordnete Beweismaterial war da. Drei Leute hatten einstimmig ausgesagt, daß die Hogerhuis die Thäter waren und das waren die drei Bewohner des Hauses Jantje im Augenblick des Einbruchs, also Jantje selbst, seine Hauswirthin Jantje Jansma und die Wirthin Jantje Jansma. Die ganzen Zeugnisse der drei Hauptzeugen in diesem Prozeß mitzutheilen, ist nicht möglich. Beschränken wir uns darum auf einige Einzelheiten, die für die Sache von Interesse sind.

Durch den Zeugen Jantje wird bezeugt, daß er Wierman Hogerhuis erkannt hat, wie er mit einem Schwange durch das Fenster in das Zimmer hineinsprang, und von Jantje Jansma wird erklärt, daß er dieselbe Person zwischen den Händen durch ins Zimmer sprangen sah.

Man waren im Fenster nur die zwei untersten Fenster scheiben gebrochen. Die allergrößte Oeffnung, die dadurch gemacht werden konnte, ist 47 Centimeter Höhe und 57 Centimeter Breite. Von einem „Sprunge“ durch diese Oeffnung kann keine Rede sein. Man kann dadurch kriechen, nicht mehr.

Jantje Jansma hat Wierman an seinen Augen erkannt. Es war aber nachts 11—12 Uhr und es hingen dicke Gardinen vor dem Fenster.

Jantje Jansma hat Marten Hogerhuis an seinen dicken Armen erkannt. Dieser Marten hat gar keine dicken Arme. Der Wierman soll weiter maskirt gewesen sein und ein weißes Hemd über den Kleidern getragen haben.

Dann hat Jantje alle drei Leute erkannt, als sie fortliefen und auf 75 Meter von seiner Wohnung sich entfernten. Er sah sie von hinten. Es war Mondlicht aber kein schönes Wetter.

Kurz, die Behauptungen aller Hauptzeugen liefen darauf hinaus: sie haben die Einbrecher beim Einbruch selbst erkannt.

(Schluß folgt.)

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

12. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Komm ich!“ rief Trudi und machte die schelmischen Augen groß auf: „Nuchswallach von „Dhello“ und der Meermaid“, der Siegerin von Epsum. Ein riesig feindlicher Gaul — und den haben Sie geritten? Alle Achtung.“

Hans Diebriksen beugte sich näher zu ihr und küßte ihr lächelnd zu: „Ja, Fräulein Trudi — und ich würde vielleicht sogar jetzt noch mit meinen steifen Doctorengebeinen ein kleines Handicap riskieren, wenn Sie mir nur in den Sattel helfen wollten.“

„Wie soll ich denn das anstellen?“ erwiderte das Mädchen und schlug dabei mit so lächelnder, wissender Miene und doch zugleich voll inniger Lodung den blauen Blick zu ihrem Bohengrün auf, daß dieser vor verliebter, freudiger Verstärkung erröthete, soweit auf seinem dicht bewaldeten Antlitz noch freies Feld zum Eröthen gelassen war, und ihr rasch zustimmte: „So zum Beispiel — ich danke Ihnen, Fräulein Trudi.“

Der Papa Diebriksen störte das verheißungsvolle Gespräch durch die laut hingeworfene Bemerkung, daß er nur für ein Pferd auf der Welt schwärme, nämlich für das Roß Grane.

„Das verstehe ich nicht,“ sagte Afta. „Der gute Grane leistet doch weiter nichts, als daß er die Brünhilde aus dem Takt zu bringen versucht.“

„Was ihm manchmal auch gelingt — ja allerdings,“ gab der Musikdirektor zu. „Aber denken Sie bloß, meine Damen, was ist das für ein hochbegnadetes, ausserwähltes unter den Rossen, das sich statt des gemeinen „Gottohü“ mit dem göttlichen „Hojotoho“ ansetzen lassen darf!“

Und der eifrige kleine Wagnerianer sang die fünf Töne des herrlichen Balkürenjauchzers so laut heraus, daß sich die Leute an den Nebentischen nach ihm umdrehten, mit

jenem spezifisch berlinischen Ausdruck im Blick, welcher, ins Mündliche überetzt, ein großes „Nanu!“ ergeben würde.

Doktor Hans fügte erklärend hinzu, daß sein Papa mit diesem übermüthigen „Hojotoho“ alle Feiertagen seines Daseins seiner Umgebung kundzugeben pflege.

Der erste überfüllte zweifelhafte Vierdeckerwagen, der bald darauf mit gefährlich aussehender Hast den steilen Abhang des Spandauerberges hinunterrollte, zeigte das Ende des Rennens und den Beginn des großartigen Wagenrennens an.

Auch die beiden Diebriksen, welche keinerlei Sportinteresse hatten, ergöhten sich an dem farbenreichen, lebensvollen und modelollen Schauspiel, das sich hier vor ihren Augen im wahren Sinne des Wortes entrollte, und selbst die Exzellenz Mama vergaß auf kurze Zeit ihren Kummer. Afta und Trudi standen Arm in Arm an der Hecke, die den Rassegarten umschließt, und tauschten bald laut, bald flüsternd ihre Bemerkungen aus.

Da erschienen als Vortrab einige reitende Kommiss, reiche Kaufmannsöhne und Patentsege vom reinsten Wasser. Dann folgten in zahllosen Droschken und eignen Fuhrwerken die Familiengruppen, welche weniger aus Sportbegeisterung, als weil es zum vornehmen Stil gehört, die Rennen besuchten; höhere Staatsbeamte mit Gattin und Töchtern in etwas steifer Haltung, jüdische Kommerzienräthe, welche die gelben oder blauen Eintrittskarten auf den weißen Westen flattern ließen, die sich mit erbaulicher Glätte dem stattlichen Emboupoint anschmiegen, und welche mit behaglichen Schmunzeln die elegante Welt umher einzuladen schienen, doch ja ein Auge zu haben auf die erotische Farbenpracht der glänzenden Schönen, die sich mit ihnen auf den weichen Polstern der lautlos dahinschwebenden Landauer wiegen; zahlreiche Wagenladungen voll junger Herren in unanständig kurzen Paletots und auffallend gemusterten Weinkleidern, oder auch voll extrafeiner Gardeinjährigen. Dann weiter ältere Stabsoffiziere mit mannsähnlichen, höchst einfachen

Gattinnen und den hoffnungsvollen Kadetten auf dem Rücken.

Geschminkte Mädchen mit durchsichtig blassen Wangen und glänzenden Augen, in extravaganten Toiletten, unerschwerbar zu zweien daherkommend, zum Theil in zweifelhaft aussehenden Kaleschen mit mütterlich dreinschauenden älteren Kutschern; manche schier erdrückt von wahrhaft monströsen Hüften, zu deren Befiederung mindestens je ein halber Vogel Strauß verbraucht worden war. Bescheidene Infanterie- und Artillerie-Offiziere in Droschken, oft zu fünfen. Einzelne hocharistokratische Greise in grauen Cylindern und untafelhaften Glaces, mit kirchlicher Grazie zurückgelehnt. Kremlervoll jöhrender Lehmanns, Pfeifes und Bademats aus Berlin S., D. oder R. Und auch in eigener Equipage so mancher Bäcker- und Schlächtermeister mit arg pomadisirtem Sonntagshaar, die schmelzbesticte, aber stets verrätherisch sillose „Alle“ an der Seite.

Nun erst wurden die eigentlichen Sportsleute zahlreicher bemerkt; da diese es mit der Abfahrt nicht so eilig, sondern meist noch mit Kauf und Verkauf von Pferden, Wettbetreibungen und dergleichen zu thun zu haben pflegen. Ah! Oh! Die flinken Trabergespänne, die ängstlich wippenden Gigs, Tandems, Tilburys und wie all die zweirädrigen Spezialitäten heißen mögen!

„Sieh doch, Trudi, der Graf Wigenburg kutschert jetzt auch Tandem“, sagte Afta. „Ob das noch dieselben Klappen sind, mit denen er uns damals gefahren hat?“

Eine hohe, gelbe Stagesoache, von einem prachtvollen Biergespinn gezogen, rollte vorüber. Die Diener saßen im geschlossenen Coupe, die Damen auf dem hohen Dach bei den Herren, lauter Garde-Kavalleristen. Die Derjens kannten einige der Offiziere.

„Sieh mal, da ist der kleine Lasa“, rief Trudi. „Der hat sich ja inzwischen auch verheiratet. Ob die dürre Amazonen, mit der er da spricht, seine Frau ist?“

Afta hatte im stillen auch schon die Bemerkung gemacht, daß die hübschesten, elegantesten Offiziere so ganz reizlose,

Soziales und Partei-Leben.

Zum Streit in der Druckerei des „Vokal-Anzeiger“
in Berlin wird mitgeteilt: Der Verband der Buchdrucker hat beschlossen, die Ausständigen mit 21 Mk. pro Woche zu unterstützen. Wie es heißt, wird der Streit noch ein Nachspiel haben. Als Grund der Entlassung ist den Setzern bekannt gegeben, sie hätten den Vesper des Walle's persönlich angegriffen. Die Setzer wollen sich diesen Vorwurf nicht gefallen lassen und das Gewerbegericht anrufen.

Streiks in Deutschland während des Dezember
zählt der „Arbeitsmarkt“ als neu begonnen 19 auf, während im November 40 verzeichnet wurden. Die größte Zahl hatte diesmal die Metallindustrie (6), dann folgt die Textilindustrie (3), das Baugewerbe hat nur einen einzigen Streik. Die Ausstände sind sämtlich von geringem Umfange, nur der Lohnkampf der Krefelder Weber ist von großer Bedeutung.

Der Streik in der Zuckerraffinerie in Halle hat nachträglich einen größeren Umfang angenommen. Von 15 Ausständigen folgten die übrigen Arbeiter, sodass sich gegenwärtig 50 Arbeiter im Ausstand befinden. Am Montag verhandelte der Fabrikant mit einer Kommission der Arbeiter. Die Streitigkeiten wären befristet gewesen, wenn nicht der Fabrikant die Forderung gestellt hätte, daß die 15 Arbeiter, die zunächst in den Ausstand traten, ausgesperrt bleiben. Der Streik wird in den nächsten Tagen an Ausdehnung gewinnen, da die Arbeiter der Siederei sich dem Ausstand anschließen werden. Die Differenzen sind wegen der Lohnzüge entstanden.

Magdeburg. Die hiesigen Konfektions-schneider sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Befestigung des Kost- und Logisweseus beim Meister, Errichtung von Betriebswerkstätten, einen Minimallohn von 15 Mk. für Wochenarbeiter und Einsetzung eines aus Mitgliedern beider Parteien bestehenden Einigungsamtes.

Unternehmerreligiosität. Unserem Parteiblatt in Brandenburg a. H. hat folgender Entlassungs-schein vorgelegen:

„**U.** ... ist auf der Domäne Gattersleben, Kreis Aschersleben, 7 Jahre als Tagelöhner gewesen, er hat sich während dieser Zeit gut geführt.“

„Gefährdet ist derselbe zum 1. April d. J., weil er außer den hohen katholischen Festtagen auch die gewöhnlichen, die auf Wochentage fallen, feiern will.“

Domäne Gattersleben, 15. Januar 1899.

Albert Eggeling, Amtsrat h. Löwe, Inspektor.

Der Arbeiter, der 7 Jahre auf dem Gute beschäftigt war und sich gut geführt hat, wird also entlassen, weil er nach den Vorschriften der Religion in der er erzogen und die in ihm noch feststeht, leben will. Der Streik der Bergleute am Riesberge, wo es sich gleichfalls um Beibehaltung der katholischen Feiertage handelte, dürfte noch allen im Gedächtnis sein. Die hier mitgetheilte Entlassung ist ein weiterer Beweis dafür, daß dem Unternehmertum die Religion vollständig gleichgültig ist, wenn der Profit, der durch einige Feiertage geringer werden könnte, in Frage kommt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ein äußerst verwegener Einbruchdiebstahl ist in dem Hause des Uhrmachers Mühs in Oldenburg (Gr.) verübt worden. Den Dieben fielen außer anderen goldenen und silbernen Wertgegenständen ansehnlich 200 goldene und silberne Herren- und Damenuhren im Werte von mehreren tausend Mark in die Hände, auch sind in Reparatur befindliche Uhren entwendet worden. Die Polizei hat trotz eifrigster Nachforschungen noch nicht die geringste Spur von den Dieben entdeckt. — Auf dem Bahnhofe in Stendal wurde ein Bremser überfahren und auf der Stelle getödtet. — Nach Verbüßung einer Zuchthausstrafe von fast 30 Jahren ist dieser Tage ein Straf-ling des Zuchthauses in Graudenz begnadigt worden. Er war von dem Schwurgericht in Schneidemühl vor 30 Jahren wegen Mordes zum Tode verurtheilt und dann zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden. Auf Grund

seiner vorzüglichen Führung ist ihm jetzt die volle Freiheit geschenkt, also eine zweite Begnadigung zu Theil geworden. — Wegen vorläufiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes wurden die Dienstwägel Kräfte und Wagenschlepper von der Strafkammer in Hildesheim zum Tode verurtheilt. Sie hatten am 12. Oktober v. J. auf der Bahnstrecke Hildesheim—Verden einen großen Stein auf die Schienen gelegt. — Von der Anschuldigung des Mordmordes, begangen an der 15 Jahre alten Vogeltöchter Poldy aus Lenden, wurde am 11. Januar d. J. der Gärtner August Pohl aus Walsleben vom Breslauer Schwurgericht freigesprochen, während seine Mitangeklagte, das Dienstmädchen Auguste Wolf zum Tode verurtheilt wurde. Jetzt ist der freigesprochene Pohl in dem Augenblick wieder verhaftet worden, als er seinen Wohnsitz verändern wollte. Unter den Sachen, welche er mit sich nehmen wollte, fand man die bisher vergeblich gesuchten, der ermordeten Vogeltöchter gerahmten beiden Hundertmarkcheine. Es dürfte jedoch kaum einem Zweifel unterliegen, daß Pohl an dem Mord theilhaftig war. — Auf der Kohlenwäsche im Betriebe der „Gutehoffnungshütte“ bei Sterkrade geriethen zwei Arbeiter zwischen die Räder zweier beladenen Kohlenwagen. Einem Manne wurde die Brust zerquetscht; der Unglückliche war sofort todt. Der Andere erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach einigen Stunden starb. Ein sensationeller Knappheitsprozeß, in dem höchste militärische und aristokratische Kreise in Berlin verwickelt sind, wird von dem „Witzb. Roman“ angeklügel. Es sollen bis jetzt so skandalöse Dinge zu Tage gefördert sein, daß die Verfassung mehrerer vornehmster Persönlichkeiten bedroht, bezügliche die Schließung mehrerer Badeanstalten und die Inhaftnahme von Adressaten erfolgen. Als Hauptbeschuldiger des Unfalls erregender Prozesse wird ein Adliger in Venedig genannt. — Der verheiratete Bauer August Beslyer starb von Weiberhaus — zwischen Roth a. Sand und Süppelstein in Mitteldeutschland — erst ohne seine Dienstmagd Stengel, mit der er ein intimes Verhältnis unterhalten hatte, und darauf sich selbst. Beide waren augenblicklich todt. — Die Strafkammer in Altkhanen i. E. verurtheilte einen 15-jährigen Knaben wegen Störung des Gottesdienstes in der katholischen Kirche zu 6 Monaten Gefängnis. Ein strenges Urtheil, das vielfach besprochen wird. — Auf der Kanzel gestanden ist der katholische Pfarrer Dehant Trippel in Bigge. Während der Predigt stieß er plötzlich die Worte hervor: „Mir geht unmüßig!“ und sank todt nieder. Nach dem System Marconi, also ohne Drahtleitung, beabsichtigt die italienische Regierung, zwischen Messina und Reggio eine telegraphische Verbindung herzustellen. Au dick Meerenge knüpft bekanntlich das Alterthum die Sage von der Scylla und der Charibdis. — Ein seltsamer Vorfall wird von der Kohlengrube Grand County bei Charleston gemeldet. Eine von der Grube etwa 1 Kilometer weit abgelegene Wiese war infolge des ankommenden Regens überfluthet worden. Donnerstags Nachmittags bildete sich plötzlich in dieser Wiese eine Bodenentstehung und die ganze Wassermasse ergoß sich unter schrecklichen Geräusch auf unterirdischem Wege in die Kohlengrube. Zum Glück wurde zunächst nur eine außer Betrieb stehende Bede überfluthet. Von dort ergoß sich die Fluth langsam in die andern Gänge, sodass die Arbeiter rechtzeitig zu Tage gefördert werden konnten. Die Betriebsstörung ist jedoch nicht erheblich. — Der Roman einer Nonne. Capptische Blätter berichten darüber: Man wird sich noch erinnern, daß unter den von den Engländern in Ombura an befreiten christlichen Gefangenen sich auch die Nonne Teresa aus Verma befand. Sie hatte während ihrer Gefangenschaft einen Griechen, Dimitri Calomoros, heirathen müssen, dem sie vier Söhne geboren hatte, von denen heute nur noch einer am Leben ist. Calomoros und seine Frau sind vor Kurzem nach Kairo überseeht. Die Frau hat nun dort wieder den Schleier genommen und ist in das Kloster der Franziskanerinnen eingetreten. Ihren Sohn nahm sie mit sich in's Kloster, damit er nach dem orthodoxen Glauben seines Vaters foster. Calomoros aber hat seine Frau auf die Herausgabe seines Sohnes verklagt.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Unter der Anklage der Majestätsbeleidigung stand der Post-Aus- hülfsarbeiter Sutto Krieger aus Hohenhausen vor dem zweiten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin. Der Angeklagte befand sich am Abend des 9. November in einem Schantloale der Brunnenwall-Strasse. Er war stark angezogen und als er in diesem Zustande auf die dienstlichen Verhältnisse der Post-Unterdiensten zu sprechen kam, da machte er in Bezug auf den Kaiser einige unpassende Bemerkungen. Er erhielt zunächst von seinem Postamte die Klärung und wurde am 12. Jan. entlassen, gleichzeitig aber unter Anklage gestellt. In der jetzigen Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, legte er unverkennbare Anzeichen geistiger Störung an den Tag, weshalb der Gerichtshof beschloß, den Angeklagten durch den Kreisphysikus Dr. Ellen auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. — Ein dem Schnaps ergebener

Maus hat in einer Wirtschaft zu Neuaikchen in der Betrunktheit eine höchst einseitige Bemerkung über die drei deutschen Kaiser gemacht. Einige Zechbrüder aus einem nahen preussischen Dorfe zeigten ihn an, und das Urtheil des Saargemünder Landgerichts lautete auf eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe. Charakteristisch für diese Artlinge war die Thatsache, daß alle als Zeugen vernommenen Arbeiter in der Ansicht übereinstimmten: „Was so ein Lump sagt, hat doch keinen Werth!“

In dem Magdeburger Majestätsbeleidigungs-Prozeß, der zur Verurtheilung des Redakteurs Genossen Müller zu vier Jahren führte, traten als Zeugen neben Schmidt auch der Geschäftsführer Fabian und der Briefträger Harbaum auf. Die Zeugen hatten behauptet, daß Müller mit der Herstellung der inkriminirten Nummer nichts zu thun, sein Name als verantwortlicher Redakteur versehenlich im Kopfe des Walle's geführt wurde. Die Aussagen schienen dem Gericht für Müller nicht entlastend. Nunmehr ist aber, wie die Magdeburger „Volksstimme“ meldet, gegen Harbaum auf Grund seines Geständnisses ein Verbrechen eingeleitet. Er ist angeklagt, eine Person fälschlich als Redakteur genannt zu haben, ein Vergehen, das mit Geldstrafe bis zur Höhe von 1000 Mk. oder Haft oder Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft ist. Es ist zweifellos, daß für den Fall der Verurteilung Harbaums das Urtheil gegen Müller aufgehoben werden muß.

Der Kampf um „das Recht.“ Der Polizeipräsident von Berlin hatte dem Theaterdirektor Samst die Aufführung des Schauspiels „Das Recht“ von H. Haas, das den Stoff aus dem Prozeß Bietzen nahm verboten, da ihr ordnungspolizeiliche Bedenken entgegenständen. Direktor Samst erhob erfolgreich beim Bezirksausschusse Klage gegen den Polizeipräsidenten und wies darauf hin, daß jenes Schauspiel bereits auf gegen 100 Bühnen in Süddeutschland und Oesterreich gegeben worden sei, ohne daß jemals die öffentliche Ordnung dadurch gefährdet worden sei. Der Polizeipräsident legte Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein, und zur Verhandlung war von dem Ministerium ein Kommissar entsendet worden, der lebhaft für die Abänderung der Vorentscheidung eintrat. Das Oberverwaltungsgericht entschied auch nach dem Antrage des Polizeipräsidenten und machte geltend, die Art und Weise, wie hier der Rechtsirrtum der Geschworenen zur Herabwürdigung der ganzen Justiz benutzt werde, mache das Stück ungerne, öffentlich aufgeführt zu werden, ganz abgesehen davon, ob eine Sühnung der äußeren Ordnung zu erwarten sei oder nicht. — Ugl's zu dem Uebrigen!

Abenteurer eines Privatdetektivs. Zu dem Händler Bigalle in Magdeburg i. B. kam vor einigen Tagen ein junger Mann und bat ihn, beim Kaufe eines Grundstücks für seinen Bruder ihm behilflich zu sein. Der Fremde zeigte sich sehr feindselig; er legte sich bei W. ein und unternahm täglich mit diesem Ausfahrten. Dem W. fiel es dabei auf, daß der fremde Mann das Gespräch immer wieder auf einen Pferdeprozeß brachte, der zwischen W. und einem Händler G. geschwebt hatte und zu Ungunsten des letzteren entschieden worden war. Schließlich wurde dem W. die Sache zu arg. Er holte einen Polizeisergeanten herbei, der den Fremden, da er sich nicht zu legitimiren vermochte, zur Polizei führte. Hier wurde festgestellt, daß man es mit einem Privatdetektiv aus Berlin zu thun hatte, der von den Gegenpartei engagiert worden war, um von W. durch verhängliche Fragen über den Prozeß Auslagen zu erlangen, welche in einer weiteren Instanz „fruchtlos“ werden sollten. Natürlich mußte der schlaue Detektiv schleunigst seine Koffer packen, da die hiesigen Beamten für seine Verhaftung nicht das nöthige Verdict befanden.

wenn nicht gar garstige Frauen an ihrer Seite hatten. Ja, die bösen Schulden und das schöne Geld! Sie kannte den fatalen Leutnantroman recht gut. Und nach so langer Abwesenheit von dieser glänzenden Welt fiel es ihr heute auch recht unangenehm auf, daß gerade von den hübschen jüngeren Frauen der Gesellschaft so viele in Kleidung und Haltung, sei's absichtlich oder unabsichtlich, jenen paarweise auftretenden Dämonen der Halbwelt erschreckend ähnlich saßen. Und die Excellenz Mama sagte sich, daß ihre Afta gewiß als die vornehmste von allen erschienen wäre, wenn sie plötzlich auch ihre Schwingen ausgebreitet hätte, um stolzen Fluges zwischen diesen flatternden Tagpfauen und nervösen Motzen hindurchzuschweben.

„Ist das nicht der Prinz Fähringen, der dort den prachtvollen Viererzug lenkt?“ wandte sie sich jetzt an Afta.

Sie bejahte; und da eben eine Stodung eingetreten war, hielt der Prinz die Peitsche zum Zeichen für die folgenden Wagen empor und parirte sein Fuchsgespinn. Er war eine äußerst elegante Erscheinung in solidem Civil. Der dunkle Bart, nach dem neuerdings wieder hochmodernen niederländisch-spanischen Stil zugefugt, stand ihm vortrefflich und ließ die nicht eben geistvollen, aber edlen Züge noch „distinguirter“ erscheinen.

„Mama! Sieh doch!“ rief Trudi ziemlich laut. „Da auf dem Dache von Prinz Fähringens Coach sitzt ja auch Bodo. Da, er hält das lange Lutzrohr in der Hand. Wo der sich auch überall heranschlängelt.“

In diesem Augenblick brach eine Droschke erster Klasse weiter hinten aus der Reihe und fuhr in scharfem Trab an der festgeklemmten Wagenwand vorüber.

„Das ist ja der Amerikaner vom Bazar!“ rief der alte Diebriksen aus, als der Wagen dem Standorte der Verjens schon ganz nahe war.

Und Hans Diebriksen setzte hinzu: „Tausend, der

scheint aber Glück bei den Damen zu haben! Das ist ja eine höchst pikante Erscheinung an seiner Seite da!“

Afta hatte diese Dame auch gesehen und auf den ersten Blick, einen halb empörten, halb leidenschaftlich zugespitzten Blick — erkannt. „Weißt Du, wer das war?“ stüßte sie mit bebenden Lippen der Mutter zu. „Afta — die Grigori!“

Trudi hatte nichts davon gehört und sagte nun verächtlich:

„Du, der hat sich aber rasch getrübet! Wer mag die Person sein? Prinz Fähringen grüßte mit der Peitsche, und ... da, jetzt spricht er zu Bodo hinüber!“

Die beiden Vorderpferde wurden unruhig und der Prinz mußte ihnen deshalb seine ganze Aufmerksamkeit widmen. Dann setzte sich der ganze Zug wieder in Bewegung und — ein andres Bild! Auch um und wie ein Kaleidostop.

„Ob Bodo uns nicht gesehen hat?“ sagte Trudi, beantwortete sich aber die Frage gleich selbst und leise für sich: „Er wird sich hüten und uns sehen!“

Sechstes Kapitel.

„Ein sehr nettes Kapitel!“ werden die jungen Damen sagen, welche es lesen.

Frau von Verjen hatte soeben ein sehr liebenswürdiges und überdies noch angenehm nach Heliotrop duftendes Briefchen von der Fürstin Verleburg-Dromit-Fähringen erhalten. Die alte Dame bewies durch eine dringende Einladung zum Thee, daß ihre freundliche Aufforderung, sie doch zu besuchen, nicht bloße Redensart gewesen war. Die Excellenz theilte den Töchtern die Sache mit, fügte aber gleich hinzu: „Es kann natürlich nicht die Rede davon sein, daß wir hingehen. Wir machen der lieben Fürstin

morgen unsern Besuch und bitten, uns entschuldigen zu wollen. Bodo kann uns ja an dem Abend vertreten, wenn er Lust hat!“

Trudi, welche damit beschäftigt war, gelbe Rüben über einen idonischen Schüssel, die sie auf dem Schooße hielt, abzupeken, wachte ihr Küchennmesser am Rande und sagte: „Schön, Mama! Zu der Prinzessin Bimbimbim gehe ich gern mit, aber es muß unzweifelhaft warmes Wetter sein, damit ich in dem Bismarckbraunen per Taille gehen kann. In dem alten Regenmantel sehe ich ein höheres Fabrikmädchen aus, und in der dicken Winterjacke jetzt Besuche machen, das wäre so gut, als wollte ich meinen Armeschein gleich beim Volter vorzeigen.“

Afta sah über ihre Stickerie gebeugt mit übereinandergeschlagenen Händen am Fensterplatz. Die Mutter wartete darauf, ihre Meinung zu hören, über welche sie sich aber selbst noch nicht klar zu sein schien. Ihre rosigen, beweglichen Nasenflügel deuteten auf innere Unruhe. Jetzt ließ sie die schöne Rechte mit der Nadel auf dem Arme ruhen, blickte sinnend zum Fenster hinaus und sagte endlich: „Weißt Du, Mama, ich möchte doch diesen Abend besuchen — wenn es für uns irgend möglich ist, ein leidlich anständiges Kleid dafür zu beschaffen.“

Die Baronin sah verwundert zu ihrem Kinde hinüber: „Du, Afta, Du möchtest diesen Abend besuchen? Du, die kaum zu dem Bazar zu bewegen war, die sich immer über das bde Einerlei dieser Routh und Thees und so weiter lustig machte? Die Fürstin ist eine lebenslustige, sehr nette, alte Dame, aber noch nicht übermäßig interessant. Viele junge Leute wird sie auch nicht bei sich sehen!“

„Da sollen wir die trojanischen Greise entzücken!“ lachte Trudi. „Und denke bloß, Afta, wenn sie Dich wieder Alle nach der Sembrich fragten?“

(Fortsetzung folgt.)